

# kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



ERWERBSTÄTIGKEIT UND GESCHLECHTERROLLEN  
SPEKTRUM  
BUCHTIPPS  
VERANSTALTUNGEN

7 | November 2013

**Erwerbstätigkeit und Geschlechterrollen**

---

Informationsoffensive zur Väterkarenz	4
Equal Pay Day	6
Alleinerziehende: Arm trotz Arbeit	8
Erwerbsbeteiligung von Frauen im Fokus	13
Geschlechtsspezifische Ausbildungs- und Berufsverläufe in der Schweiz	18

**Spektrum**

---

Gefahr von rechts und neue Solidarität	22
Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union	26
Schattenfinanzplätze boomen weiter	31

<b>Buchtipps</b>	33
------------------	----

<b>Veranstaltungen</b>	35
------------------------	----

## Ungleichstellung prolongiert

Was die Gleichstellung der Geschlechter betrifft, schneidet Österreich im internationalen Vergleich nicht gerade gut ab: Beim Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit der UNO, der die Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt, den Grad der Bildung, die Repräsentation im Parlament, die Geburtenrate sowie die Müttersterblichkeit bewertet, liegt Schweden vor den Niederlanden und Dänemark an erster Stelle. Österreich belegt Rang 16. Auch beim ähnlich aufgebauten Gender Gap Report des World Economic Forum liegen die skandinavischen Staaten vorne, Österreich erreicht hier nur den 34. Platz. Und im EU-Vergleich zählt Österreich zu den Ländern mit den größten geschlechtsspezifischen Lohn- und Gehaltsunterschieden. Obwohl sich dieser Abstand allmählich verringert, lag das Nettoeinkommen der Frauen 2011 immer noch um 32 Prozent unter dem der Männer. Ein Hauptproblem dabei ist die Schieflage in der privaten Sorgearbeit: Frauen leisten nach wie vor zwei Drittel der unbezahlten Arbeit (Kinder, Haushalt, Pflege) und können deswegen oft nicht Vollzeit arbeiten, ihre Teilzeitquote ist dementsprechend um 35,6 Prozent höher als jene der Männer. Nicht außer Acht lassen sollte man eine weitere Komponente der Benachteiligung, die so genannte Beschäftigungsdiskriminierung; d.h. den Umstand, dass Frauen aufgrund des Zugangs zu unterschiedlichen Berufsfeldern und Positionen auch unterschiedlich - in der Regel geringer - entlohnt werden. (vgl. Beitrag S. 7; [www.orf.at](http://www.orf.at), 08.03.2012; Parlamentskorrespondenz, 09.08.2013).

Die Probleme sind bekannt und es wäre falsch zu sagen, dass sich in diesem Bereich nichts bewegt (hat), aber es geht doch alles sehr langsam. So wurde die ILO-Konvention, die besagt, dass Männer und Frauen für gleiche Arbeit gleich zu entlohnen sind, von Österreich bereits 1953 ratifiziert, ihre Forderungen sind jedoch, wie zu sehen ist, noch immer nicht verwirklicht. Die Kinderbetreuungseinrichtungen wurden zwar ausgebaut, dennoch haben z.B. nur 11,7 Prozent der oberösterreichischen Gemeinden einen Kindergarten, dessen Öffnungszeiten den Eltern eine Vollzeitbeschäftigung ermöglichen und der insgesamt nicht mehr als fünf Wochen im Jahr geschlossen ist (AKOÖ-Mediendienst Nr. 10104). Und gesetzlich wurde zwar die Väterkarenz ermöglicht, ihre Inanspruchnahme ist jedoch gelinde gesagt ausbaufähig: Nur 3,7 Prozent der KindergeldbezieherInnen in Oberösterreich sind Männer. Gehen sie in Karenz, tun sie das meist nur für kurze Zeit. Die Hauptgründe hierfür: der dargestellte Einkommensunterschied sowie die Befürchtung, vom Arbeitgeber diskriminiert oder gekündigt zu werden (vgl. Beitrag S. 4).

Eine Rolle spielt in diesem Zusammenhang sicherlich auch das allgemeine Meinungsklima. So ist etwa die Forderung, Männer sollten mehr familiäre Verantwortung übernehmen, hierzulande nicht mehrheitsfähig: Nur 39 Prozent stimmen dem zu (Der Standard, 09.06.2011). Neben weiteren realen Maßnahmen und Verbesserungen ist insofern eine entsprechende Aufklärungs- und Bewusstseinsarbeit (à la „Halbe-Halbe“) nach wie vor vonnöten, meint

Ihre  
Kontraste-Redaktion

### Commons – Was allen gehört

Was sind Commons und was haben sie mit Armutsbekämpfung zu tun? Aufbauend auf den Arbeiten der Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom wird in der Publikation „Was allen gehört. Commons – Neue Perspektiven in der Armutsbekämpfung“ die Bedeutung der gemeinschaftlichen Organisation von Gemein- und Allmendegütern für gerechtere Gesellschaften, bessere Verteilung und mehr Teilhabe untersucht.

Bei der Veranstaltung der Armutskonferenz (als Herausgeberin) und der Hauptbücherei am Gürtel erfolgt eine Präsentation des Buches sowie im Anschluss eine Diskussion mit den AutorInnen.

Termin: 11. Dezember 2013, 19.00 Uhr  
Ort: Hauptbücherei am Gürtel, Urban-Loritz Platz 2, 1070 Wien  
Buchbestellung; Information: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at); [www.wasallengehoert.at](http://www.wasallengehoert.at)

## Informationsoffensive zur Väterkarenz

Kinderbetreuung ist immer noch Frauensache: Von allen Elternteilen, die in Oberösterreich derzeit Kindergeld beziehen, ist im Schnitt nur jeder 27. ein Mann. Beim Info- und Beratungstag rund ums Thema Väterkarenz in der Arbeiterkammer Linz machten AK-Präsident Johann Kalliauer und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek Vätern Mut, ihr Recht auf Zeit mit ihrem Nachwuchs einzufordern.

Nur 3,7 Prozent aller KindergeldbezieherInnen in Oberösterreich sind Männer (Stand: März 2013). Gehen Männer in Karenz, tun sie dies meist nur für kurze Zeit: Den höchsten Männeranteil gibt es bei den Kinderbetreuungsgeldvarianten 15+3 (dabei bezieht die Frau 15 und der Mann drei Monate lang das Kinderbetreuungsgeld) und bei den Varianten 12+2 und dem einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldmodell, bei denen die Väter jeweils für zwei Monate Kinderbetreuungsgeld beziehen.

Ein Grund, warum Männer nach wie vor selten oder nur für kurze Zeit in Karenz gehen, ist der Einkommens-

unterschied zwischen Frauen und Männern. Bei Vollzeitbeschäftigung verdienen Männer in Oberösterreich im Schnitt immer noch 27 Prozent mehr als Frauen (Quelle: AK-Frauenmonitor 2013). Somit können oder wollen es sich Familien schlichtweg nicht leisten, auf das Einkommen des Mannes zu verzichten. Allerdings gibt es mit dem einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldmodell für Männer nunmehr die Möglichkeit, zwei Monate lang 80 Prozent ihres Einkommens, das sie vor Antritt der Karenz hatten, zu bekommen.

### Rechtliche Lage ist eindeutig

Daneben befürchten viele Männer, von ihrem Arbeitgeber diskriminiert oder gekündigt zu werden, wenn sie den Wunsch äußern, in Karenz zu gehen. Rechtlich ist die Lage allerdings eindeutig. „Eltern, auch Väter, haben das Recht, in Karenz zu gehen. Für Männer gelten die gleichen Diskriminierungsverbote wie für Frauen“, betonte Johann Kalliauer anlässlich der Informationsoffensive der AK.

Väter, die Karenz in Anspruch nehmen, dürfen weder gekündigt noch entlassen werden. Dieser Schutz fängt frühestens vier Monate vor Beginn der Karenz (aber erst nach der Geburt des Kindes) an und hört vier Wochen nach dem Ende der Karenz auf. Der Arbeitgeber muss karenzierte MitarbeiterInnen während ihrer beruflichen Auszeit über wichtige Betriebsgeschehnisse, betriebliche Umstrukturierungen und/oder Weiterbildungsmaßnahmen informieren.

Auch nach der Frist, in welcher der Kündigungs- und Entlassungsschutz wirksam ist, ist jede Benachteiligung am Arbeitsplatz (wie eine verschlechternde Versetzung) aufgrund der Inanspruchnahme einer Väterkarenz gesetzlich verboten. „Wird ein Arbeitnehmer in seinem Job diskriminiert, weil er in Karenz war oder in Karenz gehen möchte, kann und sollte er sich unbedingt rechtlich dagegen wehren und sofort die Arbeiterkammer einschalten“, empfahl Kalliauer.

Dass es – vor allem in der Privatwirtschaft – immer



Von links: Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, karenziertes Vater Gerhard Wimmer mit Sohn Fabian, AK-Präsident Johann Kalliauer. Quelle: AKOÖ

### Unterbrechung der Erwerbstätigkeit unterschiedlich hoch

Lediglich 6,4 Prozent der Männer mit Kindern unter acht Jahren, aber rund neun von zehn Frauen (87,3%) unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit, um für das jüngste im Haushalt lebende Kind zu sorgen. Dies geht aus Ergebnissen einer EU-weiten Erhebung zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ hervor. Selbst wenn Männer ihre Erwerbstätigkeit unterbrachen, dauerte für drei Viertel (75,1%) von ihnen die Unterbrechung kürzer als ein Jahr. Im Vergleich dazu unterbrachen Frauen ihre Erwerbstätigkeit nur zu etwa einem Achtel (13%) für die Dauer von weniger als einem Jahr (ab Ende der Mutterschutzfrist).

Bei den Vätern mit Kindern unter 15 Jahren betrug die Erwerbstätigenquote im Jahr 2010 93 Prozent, während von den Frauen lediglich 64,7 Prozent aktiv erwerbstätig waren. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen war dabei stark vom Alter des jüngsten Kindes abhängig: Lediglich 12 Prozent der Mütter mit Kindern unter einem Jahr übten aktiv eine Erwerbstätigkeit aus, mit Kindern im Alter von einem Jahr waren es 22,7 Prozent, mit einem Kind im Alter von zwei Jahren 50,8 Prozent.

Im Zeitverlauf ist zu erkennen, dass die Erwerbstätigenquote von Müttern mit Kindern unter 15 Jahren seit 1994 insgesamt zwar deutlich gestiegen ist, und zwar von 52,4 auf 64,7 Prozent 2010, bei zumindest einem unter drei Jahre alten Kind änderte sich die aktive Erwerbstätigenquote seit 1994 jedoch nur wenig (1994: 26,9%; 2010:

29,3%). Allerdings arbeiteten die Mütter überwiegend auf Teilzeitbasis, obwohl die Kinder in diesem Alter bereits in den Kindergarten bzw. in die Schule gingen. Insgesamt lag die Teilzeitquote 2010 bei Frauen mit Kindern unter 15 Jahren bei 43,4 Prozent und bei Frauen mit Kindern im Volksschulalter bei 55,1 Prozent. Die Teilzeiterwerbstätigkeit spielte für Väter kaum eine Rolle. Insgesamt lag die Teilzeitquote bei Männern mit Kindern unter 15 Jahren bei 4 Prozent und erwies sich als weitgehend unabhängig vom jeweiligen Alter des jüngsten Kindes.

Von den 1,1 Mio. aktiv Erwerbstätigen mit Kindern unter 15 Jahren konnten sich mehr als die Hälfte (57,2%) während der Arbeitszeit auf den in der Wohnung lebenden Partner bzw. auf die Partnerin verlassen und die Betreuung der Kinder an ihn bzw. sie abgeben. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind allerdings auch hier deutlich: 78,1 Prozent der erwerbstätigen Väter gaben an, dass sich während ihrer Arbeitszeit die Partnerin um die Kinder kümmert, aber nur 30,8 Prozent der erwerbstätigen Mütter (ohne Elternkarenz) konnten auf männliche Unterstützung zählen. Knapp ein Fünftel der erwerbstätigen Eltern (18,9%) ließ die Kinder hauptsächlich von Verwandten, Bekannten oder Freunden betreuen, den größten Anteil (79,8%) davon übernahmen die Großeltern der Kinder. 16,1 Prozent der Eltern nutzten hauptsächlich außerfamiliäre Angebote wie öffentliche Kinderbetreuungsangebote, betriebliche Angebote oder private Betreuungsdienste, während sie selbst arbeiteten.

noch zu Anfeindungen gegenüber Männern kommt, die sich eine Auszeit nehmen, um Zeit mit ihrem Nachwuchs zu verbringen, ist für Kalliauer vollkommen unverständlich. Von der Väterkarenz profitieren seines Erachtens nicht nur die Familien, sondern auch die Betriebe. „Karenzväter kehren meist motiviert und gestärkt mit sozialen Kompetenzen zurück in ihren Beruf und sind häufig auch loyalere Mitarbeiter“, sagte Kalliauer und verwies auf einen weiteren Positiveffekt: Übernimmt der Partner einen Teil der Kindererziehung, können auch Frauen wieder früher ins Berufsleben einsteigen.

### Väter-Frühkarenz auch für Privatwirtschaft gefordert

Damit mehr Väter Lust bekommen, sich eine berufliche Auszeit für die Kindererziehung zu nehmen, und damit Karenzväter künftig nicht mehr als Exoten gelten, unterstützt die AK die Forderung von Ministerin Gabriele Heinisch-Hosek, den „Papamonat“ auch in der Privatwirtschaft einzuführen. Bei dieser Väter-Frühkarenz, die bereits seit 2010 im öffentlichen Dienst möglich ist, haben frisch gebackene Väter Anspruch auf maximal vier Wochen „Urlaub“ in den beiden Monaten nach der Geburt des Kindes. Die Finan-

zierung des Papamonats auch in der Privatwirtschaft kann nach Ansicht der Arbeiterkammer problemlos sichergestellt werden: Sie schlägt vor, einen Monat des Kindergeldbezugs „nach vorne zu ziehen“ und damit zu ermöglichen, dass der Vater parallel zum Wochenlohn der Mutter schon einen Monat lang das Kindergeld beziehen kann. Weil der Anspruch dann am Ende um einen Monat gekürzt würde – ob vom Vater oder von der Mutter, müsste ausverhandelt werden – sei

das Modell kostenneutral. „Ich wünsche mir, dass im Jahr 2015 ein Fünftel aller Väter in Karenz geht“, sagte Frauenministerin Heinisch-Hosek abschließend bei der Informationsveranstaltung in Linz.

*Quellen: AKOÖ-Mediendienst Nr. 10324 vom 27.06.2013; Statistik Austria, 22.11.2011*

## Equal Pay Day

**Ein Tag wie jeder andere – bloß arbeiten die Frauen von da an gratis**

Vor 60 Jahren, am 16. Juni 1953, ratifizierte Österreich eine Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, die besagt, dass Männer und Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit gleich zu entlohnen sind. Diese Forderung wurde noch immer nicht verwirklicht. Ende September/Anfang Oktober markiert der „Equal Pay Day“ den Tag, ab dem Frauen statistisch gesehen bis Jahresende gratis arbeiten.

### Was ist der Einkommensunterschied?

In Österreich gilt der Grundsatz der Entgeltgleichheit,<sup>1</sup> der jede Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechtes untersagt. Sämtliche Entgeltbestandteile wie das Grundentgelt, Zulagen, Sonderzahlungen, Prämien und Sachleistungen, wie Dienstwagennutzung für die Freizeit, dürfen keine benachteiligende Wirkung auf Frauen oder Männer entfalten. Klar diskriminierend waren getrennte Lohn- und Gehaltslisten für Frauen und Männer, die selbst bei völlig gleicher Arbeit unterschiedliche Löhne auswies.<sup>2</sup> Mitte der 1950er-Jahre wurden diese verboten – allerdings dauerte es noch bis in die 1970er Jahre, bis sie völlig aus den Kollektivverträgen verschwanden. Im Zentrum der Diskussion um Entgeltdiskriminierung steht allerdings die mittelbare Diskriminierung, sprich ob geschlechtsneutrale Bestimmungen und deren Auswirkungen Frauen oder Männer als Gruppe benachteiligen (siehe Infobox).

<sup>1</sup> Grundlage dafür ist der Artikel 157 AEUV (ex-Artikel 141 EG-Vetrag) – Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

<sup>2</sup> Ranftl 2010, 50.

### Gleichwertig, aber nicht gleich?

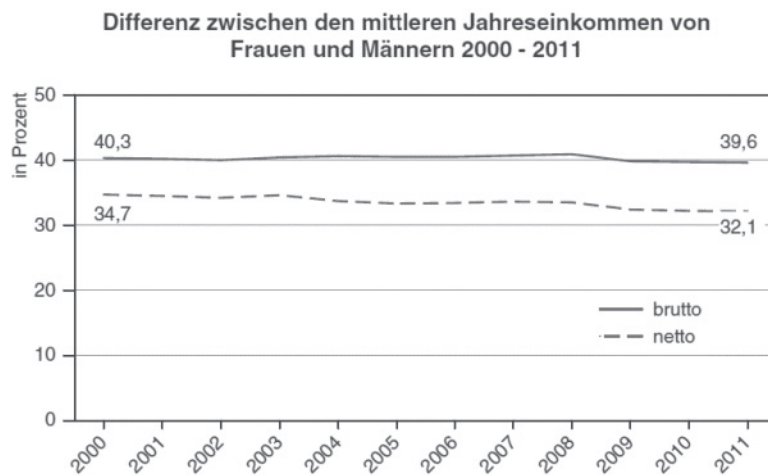
*Der Begriff der Gleichwertigkeit ist in Bezug auf Arbeitseinkommen entscheidend, denn darunter fallen neben „gleiche Arbeiten“ auch gleichartige Arbeiten, die gleich viel wert sein müssen. Ein Beispiel dazu:*

*„In einer Großbäckerei sind die meisten Beschäftigten angelernte Angestellte. Männer arbeiten an den großen Teigmaschinen und Backöfen, was mit physischer Anstrengung und großer Hitze einhergeht. Frauen sind in der Verpackung und der Dekoration am Fließband beschäftigt. Sie müssen sich über Stunden konzentrieren und mit viel Fingerfertigkeit z.B. Marzipandekorationen sauber und genau auf jedes einzelne Stück setzen. Männer werden besser entlohnt mit der Begründung der körperlichen Belastung an größeren Maschinen und bessere Löhne für Frauen seien wegen der angespannten finanziellen Situation des Betriebes nicht möglich.“ (Ranftl 2010, 55)*

*Ob das aber auch gerecht ist, ist die entscheidende Frage.*

Die Soziologin Edeltraud Ranftl trennt bei der Diskussion um Einkommensdiskriminierung klar zwischen der gleichstellungspolitischen Frage, dass Frauen aufgrund des Zugangs zu unterschiedlichen Jobs und Positionen unterschiedlich entlohnt werden, der sogenannten Beschäftigungsdiskriminierung, und der Entgeltdiskriminierung.<sup>3</sup> So werden Frauen oftmals bei leistungsbe-

<sup>3</sup> Ranftl 2010, 52.



Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerdaten - Sozialstatistische Auswertungen

zogenen Entgeltbestandteilen benachteiligt, wie das Beispiel eines Einrichtungshauses zeigt: Frauen sind meist in der Textil- oder Haushaltsabteilung, während Männer oft in den Möbelabteilungen tätig sind. Die Differenz zeigt sich bei der Prämienauszahlung: für Kleinteile gibt es auch kleinere Prämien.

#### Zahlen, Daten, Fakten

Die Daten zur Einkommensverteilung von Männern und Frauen zeigen laut Statistik Austria über die Jahre hinweg kaum Veränderungen. Der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern (gemessen am Bruttojahreseinkommen = inklusive Lohnsteuer und Sozialabgaben) aller unselbständig Erwerbstätigen lag sowohl 2001 als auch 2011 bei rund 40 Prozent. Dazu kommt die Schiefelage in der privaten Sorgearbeit, dass Frauen nach wie vor zwei Drittel der unbezahlten Arbeit (Kinder, Haushalt, Pflege) leisten und deswegen oft Teilzeit arbeiten (müssen). Selbst bei einem Vergleich von ganzjährig Vollzeitbeschäftigten (d.h. ohne Teilzeitbeschäftigte, nicht ganzjährig Beschäftigte und Überstunden) liegen die Bruttojahreseinkommen von Frauen immer noch um 18,5 Prozent unter jenen der Männer.

Im EU-Vergleich zählt Österreich laut Eurostat zu den Ländern mit den größten geschlechtsspezifischen Lohn- und Gehaltsunterschieden. Der EU-Durchschnitt liegt diesbezüglich bei 16,2 Prozent, bezogen auf den durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Voll- und Teilzeitbeschäftigten in der Privatwirtschaft – Österreich liegt hier bei einer Differenz von 23,7 Prozent. Wichtig für die Beurteilung des Einkommensunterschiedes ist es, dass es für Teile der Einkommensbenachteiligung mehrere Ursachen gibt, wie

die Tätigkeit in verschiedenen Wirtschaftsbereichen, Unterschiede im Ausbildungsniveau, Dauer der Zugehörigkeit zum Unternehmen oder das Alter. Dass diese beobachtbaren Merkmale allerdings ebenso eine Benachteiligung darstellen und damit zwar erklärbar, aber politisch nicht rechtfertigbar sind, ist entscheidend. Dazu kommt immer noch ein Rest des Einkommensunterschiedes, der auf keine einzelnen Merkmale zurückgeführt werden kann. Das ist trotz jahrzehntelanger Thematisierung bittere Realität.

#### Zurück in die Zukunft

Die Diskussion um Einkommensunterschiede betrifft zwar auch die einzelnen Betriebe und Unternehmen, zielt aber vor allem auf den gesellschaftspolitischen, strukturellen Rahmen ab. Aktionismus rund um den „Equal Pay Day“ ist dabei wichtig, um die Diskussionen um den Arbeitsbegriff und die Verteilung von Arbeit als auch die Bewertung von Arbeit in die öffentliche Diskussion zu tragen. Als kleine Meilensteine auf dem Weg zu einer Einkommensgleichstellung weisen Maßnahmen wie die Einkommensberichte von Betrieben in die richtige Richtung.

*Barbara Hofmann*

Erstveröffentlichung des Beitrags in Perspektiven, Policy Brief 08/2013 des Jahoda-Bauer Instituts ([www.jbi.or.at](http://www.jbi.or.at); geringfügig veränderte Fassung).

#### Zum Weiterlesen:

- Ranftl, E. (2010): Zum Grundsatz der "Lohnleichheit": Situation Herausforderungen Perspektiven. In: Weiss, A., Simetzberger, V. (Hg.innen): Frauen im 21. Jahrhundert, Situationen Herausforderungen Perspektiven. Tirol. S. 49 - 66.
- Lavaud, B., Marx, B., Scherz, E. (Hrsg.innen) (2013): Wir verdienen mehr! Gleichberechtigung und faire Einkommen für Frauen. Wien.
- Schmidleithner, I., Kauer, N. (2013): Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. In: Mesner, M., Niederkofler, H (Hrsg.innen) : Johanna Dohnal. Ein politisches Lesebuch.

## Alleinerziehende: Arm trotz Arbeit

Alleinerziehende haben nach wie vor weniger Teilhabechancen als Mütter in Paarhaushalten: Sie sind seltener erwerbstätig, häufiger von Armut bedroht und öfter krank. Dies ergab ein vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) durchgeführter Vergleich zwischen Deutschland, Frankreich, Schweden und Großbritannien.

Alleinerziehende stellen einen wachsenden Anteil an Familien mit Kindern dar. In den untersuchten Ländern ist jeder fünfte Haushalt mit Kindern – zum Teil auch mehr – ein Ein-Eltern-Haushalt. Da die Lebensform ‚alleinerziehend‘ in vielen Fällen nur eine eher kurze Phase bleibt, die mit dem Eingehen einer neuen Partnerschaft endet, ist der Kreis derer noch größer, die im Laufe ihres Lebens zumindest eine Zeit lang alleinerziehend waren. Die Duisburger ForscherInnen vom IAQ gingen der Fragestellung nach, inwiefern mit einer solchen quantitativen ‚Normalisierung‘ der Lebensform „Alleinerziehend“ auch eine Normalisierung in Hinblick auf ihre Teilhabechancen verbunden ist oder nicht – und welche Einflussfaktoren dafür jeweils ausschlaggebend sind. Ziel des Forschungsprojektes war es somit zu untersuchen, inwieweit sich die Erwerbssituation und die Armutsgefährdung von alleinerziehenden Frauen in Deutschland einerseits im Vergleich zu Müttern in Paar-Haushalten und andererseits im Vergleich zu Alleinerziehenden in Großbritannien, Schweden und Frankreich unterscheiden. Mittels einer Institutionenbeschreibung und –analyse sowie der Zusammenführung bereits existierender Forschungsergebnisse konnten die ForscherInnen im Zusammenspiel mit eigenen Auswertungen international harmonisierter Datensätze wichtige Erkenntnis-

se hinsichtlich des Ausmaßes und möglicher Ursachen der benachteiligten Situation von Alleinerziehenden gewinnen. Diese sind im Folgenden in komprimierter Form dargestellt.

*(1) Im Laufe der 2000er Jahre ist es zu einer teilweisen Angleichung der traditionell sehr unterschiedlichen Geschlechterregime in den vier Ländern gekommen. Relevante Unterschiede bestehen jedoch fort.*

Mit der Reform des Unterhaltsrechts und des Elterngeldes, dem Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten und flexibleren Elternzeitregelungen in Deutschland und abgeschwächt auch in Großbritannien vollzog sich eine gewisse Abkehr vom zuvor dort vorherrschenden Alleinverdienermodell. Trotz der Anstrengungen und Erfolge beim Ausbau der Betreuungsinfrastruktur in Deutschland zeigen sich jedoch noch immer deutliche Unterschiede zu Frankreich und Schweden. In diesen traditionell am Doppelverdienermodell orientierten Ländern gibt es für die Betreuung von Kindern ab drei Jahren in Kindergärten und Schulen kostengünstige und zeitlich umfangreiche Angebote. In Großbritannien sind kostenlose Betreuungsangebote nur in sehr eingeschränktem Ausmaß vorhanden und eine darüber hinausgehende Betreuung ist mit hohen Kosten verbunden. Dadurch bleibt eine Erwerbstätigkeit für Alleinerziehende weiterhin schwierig bzw. erfordert eine Ergänzung durch informelle Betreuungsarrangements.

*(2) Auch die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Regime der Länder gleichen sich infolge ihrer aktivierenden Ausrichtung an. Die Reformen in diesem Bereich sind gerade für Alleinerziehende relevant, da diese häufiger auf bedarfsgeprüfte Sozialleistungen angewiesen sind als Mütter in Paar-Haushalten.*

Separate Leistungssysteme für Alleinerziehende wurden weitgehend aufgelöst und in bedarfsgeprüfte Mindestsicherungssysteme überführt. Da diese erwerbszentriert sind, nimmt die Erwerbsverpflichtung für Alleinerziehende zu. Begleitend dazu wurden kombilohnähnliche Elemente ebenso wie finanzielle Sanktionen ausgebaut. Auch kam es zu einer stärkeren Betonung des ‚Work first‘ Prinzips und einer höheren Verpflichtung zur Teilnahme an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung. Parallel dazu gab es in allen untersuchten Ländern allerdings einen Rückgang der öffentlichen Ausgaben pro Erwerbslosen. Neben diesen Änderungen, die die Art und Weise des „Förderns und Forderns“ betreffen, messen die StudienautorInnen vor

**Tabelle 1: Anteil der Kinder in formaler Betreuung an allen Kindern unter 6 Jahre, 2008**

Land	Unter 3 Jahren	3 – 5 Jahre
Deutschland	17,8	92,7
Frankreich	42,0	99,9
Schweden	46,7	91,1
Großbritannien	40,8	92,7

Quellen: OECD; Jaehrling et al 2011



**Tabelle 2: Durchschnittliche jährliche Höhe der Sozialleistungen von Alleinerziehenden in Euro (gepoolte Jahre 2004 - 2008\*)**

Sozialschutz-Funktion	Deutschland	Frankreich**	Schweden	Großbritannien
Arbeitslosigkeit	6.522	4.963	6.163	3.151
Soziale Ausgrenzung	5.676	3.506	3.941	6.032
Wohnen	1.433	2.748	2.257	5.669
Familie / Kinder	3.027	2.964	3.162	4.589

\* Für Deutschland liegen Daten für 2005-2008 vor, für Frankreich von 2004-2007, für Schweden von 2004-2008 und für Großbritannien von 2005-2007

\*\* Netto-Leistungen (nach Abzug von Steuern)

Quellen: EU-SILC, Jaehrling et al 2011

allem der Tatsache Bedeutung bei, dass Alleinerziehende nun stärker in die Arbeitsförderung einbezogen werden, nachdem sie nicht zuletzt aufgrund der separaten Leistungssysteme davon in den 1990er Jahren noch häufig ausgeschlossen blieben.

*(3) Die Arbeitsmarktstrukturen und die darauf einwirkenden Reformen sind in den einzelnen Ländern nach wie vor sehr unterschiedlich. Dies hat auch Auswirkungen auf die Art, den Umfang und die Ausgestaltung der Erwerbstätigkeit Alleinerziehender.*

Ein im Vergleich zu Frankreich und Schweden hoher Umfang der Niedriglohnbeschäftigung und von Tätigkeiten mit geringem Stundenumfang kennzeichnen die Strukturen in Deutschland und in Großbritannien. Doch auch zwischen diesen beiden Ländern gibt es u.a. aufgrund unterschiedlicher Akzente in der Arbeitsmarktregulierung Unterschiede: Im Großbritannien setzt der allgemeine Mindestlohn der Ausdifferenzierung des Lohnspektrums nach unten Grenzen; dies fehlt in Deutschland in vielen weiblich dominierten Dienstleistungsbereichen. Die Regelungen des britischen Kombilohnes entfalten zudem gerade für Alleinerziehende spezifische Anreize gegen eine geringfügige Beschäftigung.

*(4) Steigende Erwerbsbeteiligung Alleinerziehender bei sinkender Beschäftigungsstabilität*

Die Reformen der Geschlechterregime und die arbeitsmarktpolitischen Reformen scheinen bei Alleinerziehenden Wirkung zu zeigen: Die Erwerbsbeteiligung von Alleinerziehenden ist in drei der vier Länder gestiegen und hält mit der allgemeinen Beschäftigungsentwicklung Schritt. Während in den 1990er Jahren die Erwerbsbeteiligung Alleinerziehender stärker zurückging als die von Müttern in Paar-Haushalten, hat

sich ihr Beschäftigungsniveau in den 2000er Jahren stabilisiert (Frankreich) oder erhöht und steigt tendenziell sogar stärker als das der Gesamtbevölkerung. Zugleich sind die Erwerbsverläufe von Alleinerziehenden im Vergleich zu Müttern in Paar-Haushalten in allen hier betrachteten Ländern durch eine höhere Diskontinuität und Instabilität (Befristungen) gekennzeichnet.

*(5) Alleinerziehende sind signifikant seltener erwerbstätig als Mütter in Paar-Haushalten. Wenn sie erwerbstätig sind, dann aber in höherem Stundenumfang.*

Mit zunehmendem Alter des jüngsten Kindes nähern sich die Erwerbstätigenquoten zwischen beiden Müttergruppen an. Gleiches gilt mit zunehmendem Bildungsgrad: Alleinerziehende mit hohem Bildungsgrad sind sogar zum Teil deutlich häufiger erwerbstätig als Mütter in Paar-Haushalten. Das polarisierte Profil der Erwerbsbeteiligung Alleinerziehender erklären die StudienautorInnen damit, dass einer Erwerbsaufnahme von Alleinerziehenden teilweise größere Hürden entgegenstehen als bei Müttern in Paar-Haushalten, dass jenseits dieser Hürden jedoch eine höhere ökonomische Notwendigkeit und ggf. auch eine höhere intrinsische Erwerbsmotivation eine Beschäftigung mit höherem Stundenumfang begünstigen. Mit Blick auf die besonders niedrige Erwerbsbeteiligung von Alleinerziehenden mit Kleinkindern in allen Ländern wird zum einen darauf verwiesen, dass Alleinerziehende in dieser Phase, ähnlich wie Mütter in Paar-Haushalten, mit Versorgungslücken oder hohen Kosten bei externen Betreuungsmöglichkeiten konfrontiert sein können. Zum anderen müssen sie sich an die neue Elternrolle gewöhnen und in die Verantwortung als alleiniges Familienoberhaupt hineinwachsen und ha-

ben ggf. trennungsbedingte Einbußen von sozialen Kontakten, psychischem Wohlbefinden und emotionaler Stabilität der Kinder zu bewältigen.

*(6) Die Länderunterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Müttern sind tendenziell größer als diejenigen zwischen Alleinerziehenden und Müttern in Paar-Haushalten des jeweiligen Landes.*

Alleinerziehende in Frankreich und Schweden sind nicht nur signifikant häufiger erwerbstätig als in Deutschland. Bezieht man den Arbeitszeitumfang mit ein, so vertiefen sich die Unterschiede zwischen den Ländern noch. Am niedrigsten ist die Erwerbsbeteiligung in Großbritannien. Diese Länderunterschiede betreffen aber nicht nur Alleinerziehende, sondern auch Mütter in Paar-Haushalten. Den AutorInnen zufolge sind insofern weniger die Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne als vielmehr die übergreifenden Geschlechterregime und die Nachfragestrukturen des Arbeitsmarktes für den Umfang und die Struktur der Erwerbsbeteiligung Alleinerziehender ausschlaggebend. Hier müssten ihres Erachtens daher Reformen, die auf eine höhere Erwerbsbeteiligung Alleinerziehender zielen, primär ansetzen.

*(7) Alleinerziehende sind stärker von Armut bedroht.*

Trotz unterschiedlicher institutioneller Rahmenbedingungen und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Lebenssituationen sind alleinerziehende Mütter im Vergleich zu Müttern mit Partner länderübergreifend verstärkt von Armut bedroht. Die höhere Armutsgefährdung von Alleinerziehenden ist folglich nicht allein Folge ihres geringeren Bildungsgrades oder ihrer geringeren Erwerbsbeteiligung. Vielmehr gibt es eine originäre materielle Benachteiligung von Müttern, die – aus welchem Grund auch immer – ihre Kinder alleine erziehen.

*(8) Eine wesentliche Ursache für die höhere Armutsgefährdung Alleinerziehender ist der fehlende Partner bzw. dessen Einkommen. Gleichzeitig vergrößern sich mit zunehmendem Bildungsstand die Unterschiede hinsichtlich der Armutsgefährdung zwischen Müttern mit und ohne Partner.*

Aufgrund eines allgemein beobachtbaren Trends zu bildungshomogamen Partnerschaften wächst mit dem Bildungsstand der Mütter tendenziell auch der Bildungsstand des Partners. Damit einhergehend steigt das Haushaltseinkommen in Paar-Haushalten auch

### **Österreich: Jede achte Frau mit Kindern unter 15 Jahren ist alleinerziehend**

*Seit dem Jahr 1985 ist die Anzahl der Familien in Österreich von 2.052.000 auf 2.347.000 im Jahr 2012 angestiegen. Besonders Familien ohne im Haushalt lebende Kinder haben zu diesem Anstieg geführt. Hingegen wurde bei Ehepaaren mit Kindern unter 15 Jahren ein starker Rückgang verzeichnet (1985: 700.000; 2012: 529.000). Die beträchtlich gestiegene Zahl der Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren (1985: 21.000; 2012: 122.000) kompensiert diesen Trend nur bis zu einem gewissen Grad.*

*In insgesamt 108.000 Familien lebt zumindest ein Kind unter 15 Jahren mit nur einem Elternteil, meistens mit der Mutter (Mütter: 99.000; Väter: 9.000). Mehr als jede achte Frau mit unter 15-jährigen Kindern ist demzufolge alleinerziehend (13,2%); bei Männern mit Kindern dieses Alters ist es nur gut einer von 100 (1,3%). Die Anteile der Alleinerziehenden mit Kindern unter 15 Jahren*

*an allen Familien mit Kindern dieser Altersgruppe blieben dabei nahezu unverändert (2012: 14,2%).*

*Besonders für Alleinerzieherinnen ist es häufig eine Herausforderung, ein ausreichendes Erwerbseinkommen mit den Kinderbetreuungspflichten zu vereinbaren. So beträgt die aktive Erwerbstätigenquote von Alleinerzieherinnen mit unter 15-jährigen Kindern 71,2 Prozent, während nur 66 Prozent der in Partnerschaft lebenden Mütter aktiv einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Überdies arbeitet jede vierte Mutter ohne Partner Vollzeit (27,1%), aber nicht einmal jede fünfte Frau, die mit einem Partner zusammen lebt (18,6%). Für diese Ergebnisse ist die für Alleinerzieherinnen höhere ökonomische Notwendigkeit, sich auf dem Arbeitsmarkt zu beteiligen, verantwortlich. Trotzdem hatten Personen in Ein-Eltern-Haushalten im Jahr 2011 mit 24 Prozent ein stark erhöhtes Armutsrisiko gegenüber 13 Prozent im Bevölkerungsdurchschnitt.*

*Quelle: Statistik Austria, 28.03.2013*

überproportional mit dem Bildungsstand, da sich die qualifikationsbedingten individuellen Einkommensvorteile in Paar-Haushalten zwar nicht verdoppeln, jedoch stärker ansteigen als bei Alleinverdiener-Haushalten. Zwar können staatliche Netto-Transfers das zweite Haushaltseinkommen teilweise ersetzen – aber eben in keinem der untersuchten Länder so, dass dadurch die Armutsgefährdung Alleinerziehender auf das Niveau von Müttern mit Partnern abgesenkt wird.

*(9) Das deutsche Steuer- und Transfersystem unterstützt gleichzeitig die Armutsrisikoerzeugung und die Armutsvermeidung von Alleinerziehenden. Dies dürfte im unaufgelösten Widerspruch zwischen dem traditionellen Leitbild des männlichen Familienernährers einerseits und der Pluralisierung von Lebensformen andererseits begründet liegen.*

Einerseits setzt das deutsche Steuer- und Transfersystem – wie bei Frauen in Paar-Haushalten – auch bei alleinerziehenden Müttern Anreize zur Unterbeschäftigung. Ähnlich wie in Großbritannien werden andererseits die finanziellen Nachteile von kurzer Teilzeit oder Inaktivität durch stärkere Transferzahlungen kompensiert, der Staat schlüpft hier gewissermaßen in die Rolle des Familienernährers. Dass die Armutsrisikoquoten der Alleinerziehenden in Deutschland und in Großbritannien dennoch deutlich höher liegen als in Schweden und in Frankreich, führen die AutorInnen in erster Linie auf den höheren Anteil nicht-erwerbstätiger Alleinerziehender in beiden Ländern zurück, da diese Gruppe in allen Ländern einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt ist.

*(10) Trotz des hohen Anteils Nicht-Erwerbstätiger unter Alleinerziehenden erhalten diese in Deutschland keineswegs häufiger und mehr Sozialleistungen als in den anderen Ländern.*

Bezieht man etwa das Wohngeld mit ein, so beziehen Alleinerziehende in Frankreich, Großbritannien und Schweden deutlich häufiger Leistungen, die anstelle oder in Ergänzung zum eigenen Erwerbseinkommen den finanziellen Grundbedarf des Haushalts decken. Auch unter Einbeziehung weiterer Leistungen wie Ausbildungsförderung, Altersrenten oder Hinterbliebenenabsicherung ändert sich das Bild nicht wesentlich. Während Alleinerziehende in den anderen Ländern auch mit einem relativ hohen Erwerbseinkommen noch ergänzende Sozialleistungen erhalten und eine relativ geringe Abgabenbelastung haben, haben Alleinerziehende in Deutschland aufgrund ihrer Gleichbehandlung bei den Sozialversicherungsabga-

ben recht starke Abzüge und zählen bereits bei niedrigeren Erwerbseinkommen zu den „Nettozahlern“.

*(11) Im Zeitverlauf hat sich die Armutsgefährdung von Alleinerziehenden trotz ihrer steigenden Erwerbsbeteiligung nicht verringert.*

Im Zeitverlauf schlägt sich die steigende Erwerbsbeteiligung nicht in einer niedrigeren Armutsgefährdung Alleinerziehender nieder – mit Ausnahme Großbritanniens. In Deutschland dürfte die zunehmende Ausdifferenzierung von Löhnen nach unten die armutsverringenden Effekte einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung zumindest teilweise neutralisieren. Daneben ist ein Teil der Erklärung in der zunehmenden Armutsgefährdung nichterwerbstätiger Alleinerziehender zu suchen – ein Trend, der auch auf andere Gruppen von Nicht-Erwerbstätigen zutrifft und nicht zuletzt darin begründet liegt, dass sich bedarfsgeprüfte Mindestsicherungsleistungen und Reallöhne aufgrund einer mangelnden Dynamisierung der Leistungssätze zunehmend auseinanderentwickeln.

*(12) Da die materielle Situation von Müttern in Deutschland generell schlechter ist als in den Vergleichsländern, sind auch deutsche Alleinerziehende stärker von Armut bedroht.*

Die materielle Situation alleinerziehender Mütter in Deutschland ist deutlich schlechter als in Frankreich und Schweden. Ähnlich wie in Deutschland scheint sich hingegen die materielle Situation britischer Alleinerziehender zu gestalten. Da die materielle Situation in Frankreich und Schweden auch für Mütter in Paar-Haushalten deutlich besser ist als in Deutschland, kann festgehalten werden, dass Mütter in Deutschland unabhängig vom Vorhandensein eines Partners, aber auch unabhängig von ihrem Erwerbsstatus, ihrem Alter, der Qualifikation oder der Zahl der Kinder mit signifikant größerer Wahrscheinlichkeit in Armutsbedrohung geraten als Mütter in Schweden und Frankreich.

*(13) Abseits generalisierbarer Armutsgefährdungsfaktoren steht die materielle Situation von Alleinerziehenden auf länderspezifische Weise auch mit bestimmten sozioökonomischen und demographischen Faktoren in Zusammenhang.*

Die Armutsgefährdung schwedischer Alleinerziehender hängt nahezu ausschließlich mit dem Erwerbsstatus zusammen. Das Alter der Mutter, die Qualifikation, aber auch die Anzahl der Kinder haben in Schweden hingegen keinen signifikanten Einfluss auf das Ar-

mutsrisiko. Dieses vergrößert sich nur dann, wenn sehr kleine Kinder im Haushalt leben. Zwar liegen die Elterngeldleistungen in Schweden im internationalen Vergleich relativ hoch, diese werden jedoch vollständig auf die bedarfsgeprüften Sozialleistungen angerechnet, die eher niedrig bemessen sind.

In Deutschland ist neben dem auch hier signifikanten Erwerbzzusammenhang ebenso das Bildungsniveau der Mutter eine wesentliche Determinante der Armutsgefährdung. Das Alter der Kinder sowie die Kinderzahl scheinen hingegen diesbezüglich keine wesentliche Rolle zu spielen. Der signifikante Einfluss des Bildungsniveaus deutet auf ein weniger inklusives Beschäftigungssystem in Deutschland hin: Die stärkere Ausdifferenzierung des Lohnspektrums im unteren Einkommensbereich sowie die Konzentration von Arbeitsverhältnissen mit geringem Stundenvolumen im Niedriglohnbereich beschränken die Verdienstmöglichkeiten von gering Qualifizierten, selbst wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Ähnlich wie in Deutschland ist in Frankreich und in Großbritannien ein signifikant negativer Zusammenhang zwischen steigendem Bildungsstand und Armutsgefährdung bei Alleinerziehenden zu beobachten. In beiden Ländern nimmt auch die Armutsgefährdung bei steigender Kinderzahl zu.

*(14) Auch hinsichtlich nicht-monetärer Wohlstandsindikatoren sind alleinerziehende Mütter in allen untersuchten Ländern im Vergleich zu Müttern in Paar-Haushalten benachteiligt.*

Alleinerziehende verfügen seltener über einen Computer oder ein Auto als Mütter in Paar-Haushalten. Bezüglich der Wohnsituation ist die Belästigung durch Lärm am Wohnort bei Alleinerziehenden-Haushalten höher ausgeprägt und auch die Fähigkeit, die eigene Wohnung angemessen zu heizen, wird bei dieser Gruppe etwas seltener als gegeben wahrgenommen. Abgesehen davon, dass die ungünstigeren Lebensverhältnisse mit der schlechteren ökonomischen Situation erklärt werden können, dürften auch spezifische Herausforderungen für Alleinerziehende eine Rolle spielen: Die StudienautorInnen vermuten, dass Alleinerziehende, die durch Beruf und Familie mehrfach gefordert sind, zentral gelegene Wohnungen bevorzugen, die kurze Wege ermöglichen oder über eine gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel verfügen. Damit gehen jedoch gegebenenfalls stärkere Lärmbelastigungen oder höhere Lebenshaltungskosten einher, die dazu führen, dass die betroffenen Mütter größere Schwierigkeiten haben, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

*(15) Alleinerziehende Mütter schätzen ihren Gesundheitszustand schlechter ein.*

Alleinerziehende Mütter geben häufiger als Mütter in Paar-Haushalten an, chronische Gesundheitsprobleme, Krankheiten oder Leiden zu haben. Ferner berichten sie in stärkerem Ausmaß von gesundheitsbedingten Einschränkungen im Alltag. Zudem weisen Alleinerziehende in allen Vergleichsländern ein ungünstigeres Rauchverhalten auf. Der Unterschied im Gesundheitsverhalten zwischen alleinerziehenden Müttern und Müttern in Paar-Haushalten ist einerseits auf die schlechtere sozioökonomische Situation der Alleinerziehenden zurückzuführen, liegt andererseits auch in der spezifischen Situation der Alleinerziehenden begründet.

*(16) Alleinerziehende sind in allen vier Ländern häufiger EmpfängerInnen von Invaliditätsleistungen. Die diesbezügliche Absicherung durch Transferzahlungen ist jedoch von Land zu Land unterschiedlich stark ausgeprägt.*

Insbesondere in Schweden, aber auch in Großbritannien bezieht ein erheblich größerer Anteil nicht nur von Müttern in Paar-Haushalten, sondern auch von Alleinerziehenden Invaliditätsleistungen. Demgegenüber ist dieser Anteil in Deutschland deutlich geringer. Die AutorInnen führen das darauf zurück, dass in Deutschland traditionell eine starke amtsärztliche Kontrolle vorgeschrieben ist, ob tatsächlich medizinische Beeinträchtigungen vorliegen, die die Zahlung von Invaliditätsrenten rechtfertigen. Solche Kontrollen gibt es in den anderen Ländern nicht bzw. sind diese erst seit einiger Zeit vorgesehen. Auch hier wirken somit länderspezifischen Traditionen fort, sodass die beobachteten Länderunterschiede nicht durch reale Unterschiede im Gesundheitszustand erklärt werden können.

*Quellen: Katrin Koster: UDE-Institut untersucht Lebenssituation von Alleinerziehenden – Arm trotz Arbeit. Pressemitteilung der Universität Duisburg-Essen, 03.04.2012; Karen Jaehrling, Marcel Erlinghagen, Thorsten Kalina, Sarah Mümken, Leila Mesaros, Manuela Schwarzkopf: Arbeitsmarktintegration und sozioökonomische Situation von Alleinerziehenden. Ein empirischer Vergleich: Deutschland, Frankreich, Schweden, Vereinigtes Königreich. Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Duisburg 2011*

## Erwerbsbeteiligung von Frauen im Fokus

Bei der Tagung „Erwerbsbeteiligung von Frauen – Chancen und Risiken auf dem Arbeitsmarkt“ diskutierten TeilnehmerInnen aus Wirtschaft, Politik, Forschung und Arbeitsverwaltung über die Frage, wie sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen vergrößern lässt. Dazu wurden auch Praxisbeispiele vorgestellt.

Die Konferenz fand im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Wissenschaft trifft Praxis“ statt, die das IAB einmal jährlich gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg ausrichtet. Ausgangspunkt waren dabei allerdings weniger die Bedürfnisse von Frauen, sondern die aktuelle Debatte um den zunehmenden Fachkräftebedarf in Deutschland, die das Augenmerk auch auf das nicht ausgeschöpfte Potenzial an qualifizierten Frauen – insbesondere von Müttern – gelenkt hat.

### Mehr Investitionen in die soziale Infrastruktur gefordert

Wenn es darum geht, das Erwerbspotenzial von Frauen für den Arbeitsmarkt zu erschließen, dann spielen nicht nur arbeitspolitische Einflussfaktoren eine Rolle. „Frauen sind das quantitativ größte, aber auch komplexeste Fachkräftepotenzial“, sprach *Raimund Becker*, Mitglied des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit (BA), zum Auftakt der Tagung die familienpolitische, gleichstellungspolitische, steuerrechtliche und kulturelle Dimension dieses Themenfeldes an.

Becker nahm das in Deutschland politisch umstrittene Betreuungsgeld als familienpolitische Leistung kritisch in den Blick:<sup>1</sup> „Es ist die falsche Antwort, um Frauen mehr am Erwerbsleben zu beteiligen.“ Der Gesetzgeber müsse sich überlegen, „was man will und was man womit erreicht“, erklärte der BA-Vorstand und sprach sich stattdessen für mehr Investitionen

<sup>1</sup> Das Betreuungsgeld ist eine Sozialleistung für Familien in Deutschland, die ihre Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr ohne Inanspruchnahme öffentlicher Angebote wie etwa Kindertagesstätten betreuen. Betreuungsgeld wird unabhängig davon gezahlt, ob die Eltern erwerbstätig sind oder nicht. Die von der Opposition als „Herdprämie“ verspottete Leistung im Ausmaß von 100 Euro monatlich wurde im August 2013 eingeführt.



„Frauen sehen sich am Arbeitsmarkt spezifischen Problemen gegenüber.“ Raimund Becker, Bundesagentur für Arbeit. Quelle: IAB

in die soziale Infrastruktur, beispielsweise in bessere Betreuungsangebote für Kinder, aus. Frauen hätten zudem ein hohes Flexibilitätsbedürfnis bei der Gestaltung der Arbeitszeit.

Die Frauenerwerbsquote sei zwar gestiegen – Becker wies darauf hin, dass Deutschland zwischen den Jahren 2001 und 2011 im EU-Vergleich vom neunten auf den fünften Rang vorgerückt sei. Lediglich Dänemark, Finnland, Schweden und die Niederlande schneiden besser ab. „Dennoch bleiben große Herausforderungen“, sagte der BA-Vorstand. So geht das Beschäftigungsplus von Frauen in den vergangenen zehn Jahren auf eine Zunahme von Teilzeitbeschäftigten um 1,17 Millionen zurück, während die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen in diesem Zeitraum um etwas mehr als eine halbe Million zurückging. Zudem waren im Jahr 2011 zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten Frauen.

Außerdem gebe es bei der Struktur der Arbeitslosigkeit deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. „Frauen sehen sich am Arbeitsmarkt spezifischen Problemen gegenüber“, verwies Becker darauf, dass Frauen stärker als Männer familiären und persönlichen Verpflichtungen unterliegen. Fast jede fünfte Frau sei allererziehend und jede 20. arbeitslose Frau eine Berufsrückkehrerin. Bei Männern sind es dagegen nur 1,6 bzw. 0,1 Prozent.

Es sei zwar noch ein langer Weg bis zu einer umfangreichen Beteiligung von Frauen am Arbeitsleben, so Becker, doch die Bundesagentur für Arbeit habe

gemeinsam mit Partnern bereits einiges auf den Weg gebracht. Der BA-Vorstand nannte diesbezüglich das gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales initiierte Projekt „Beschäftigungschancen für Alleinerziehende“ und das Programm „Perspektive Wiedereinstieg“, das nunmehr in den Regelbetrieb übernommen wurde. „Wir wollen uns jetzt an die Stille Reserve wagen“, kündigte Becker an. Außerdem soll die Berufsorientierung für Mädchen und Frauen noch spezifischer ausgerichtet werden.

### Erwerbsbeteiligung ermöglicht Partizipation in der Arbeitsgesellschaft

IAB-Vizedirektor *Ulrich Walwei* machte deutlich, dass das Thema „Erwerbsbeteiligung von Frauen“ aus der individuellen wie der kollektiven Perspektive wichtig sei. Erwerbsbeteiligung ermögliche jeder und jedem Partizipation und Status in einer Gesellschaft mit starker Arbeitsorientierung. Auf individueller Ebene sichere sie zudem Lebenseinkommen und soziale Sicherung. Die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte werde zwar aufgrund der demografischen Entwicklung immer mehr abnehmen. Das Tempo des Rückgangs werde jedoch auch davon abhängen, wie viele Frauen mit welcher Arbeitszeit für den Arbeitsmarkt gewonnen werden können, sagte Walwei.

Das IAB geht in seiner langfristigen Projektion des Erwerbspersonenpotenzials davon aus, dass sich die Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen immer mehr angleichen wird. „Eine solche Entwicklung ist trotz der Verbesserungen in der Vergangenheit aber kein Selbstläufer“, erklärte Walwei. Um mehr Beschäftigung von Frauen zu ermöglichen, müssten erst passende Rahmenbedingungen geschaffen werden. „Es gibt an vielen Stellen noch Luft nach oben“, sagte der Arbeitsmarktexperte. So verdienen Frauen in Deutschland im Durchschnitt mehr als 20 Prozent weniger als Männer. Selbst wenn man Aspekte wie Berufs- und Branchenwahl, Bildungs- und Berufserfahrung berücksichtige, bleibe eine nicht zu erklärende Lücke von fünf bis zehn Prozent.

Damit sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern in Quantität und Qualität annähere, müssten sich gesellschaftliche Leitbilder weiter wandeln, beschäftigungsrelevante Faktoren für Familien besser ausgestaltet und Erwerbsanreize nachhaltig gestärkt werden, betonte Walwei. Um soweit wie möglich Wahlfreiheit für die Beschäftigten – und hier die Frauen – zu schaffen, seien ausreichende und bezahlbare Betreuungsangebote für Kinder und ältere Menschen und eine Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern in den Familien erforderlich. Außerdem

müsse das Steuer- und Transfersystem zusätzliche Erwerbsarbeit belohnen.

Wie zuvor Raimund Becker verwies auch Ulrich Walwei auf die skandinavischen Länder. Sie lieferten ebenso wie die Schweiz Ansatzpunkte für die Politik, wie man die Rahmenbedingungen weiter verbessern könne, sagte der Vizedirektor des IAB. Er stellte aber auch klar, dass es nicht nur um eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, sondern auch um eine stärkere individuelle Beteiligung gehe. Befunde des IAB zeigten, dass die in Deutschland praktizierte Teilzeitbeschäftigung nicht immer den Wünschen der Betroffenen entspricht: „Regulär teilzeitbeschäftigte Frauen würden im Durchschnitt gerne vier Stunden länger arbeiten, geringfügig Beschäftigte sogar neun“, sagte Walwei. Unter dem Strich käme so ein beträchtliches Arbeitskräftepotenzial von rund einer Million Vollzeitarbeitsplätzen zusammen. Dieses gelte es „zu erschließen“.

### Mehr Frauen in Führungspositionen bringen

Laut *Gerd Hoofe*, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, bildet die Verbesserung der Arbeitsmarktperspektiven für Frauen und Alleinerziehende einen neuen Handlungsschwerpunkt der deutschen Bundesregierung. Hoofe sieht in der Erhöhung der Arbeitszeit erwerbstätiger Frauen den stärksten und zugleich kurzfristig wirksamsten Hebel zur Fachkräftesicherung – auch angesichts des in der Vergangenheit stark gewachsenen Anteils an Akademikerinnen.

Hoofe verwies darauf, dass Deutschland bei einem Anteil vollzeitarbeitender Frauen von nur 54 Prozent unter den EU-15-Staaten den vorletzten Platz belegt. Stärker als in den meisten anderen Ländern seien aus Sicht der betroffenen Frauen Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen Haupthindernisse für eine Erhöhung der Arbeitszeit.

Dagegen hat sich die Frauenerwerbsquote in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt, wenn auch auf regional sehr unterschiedlichem Niveau (NRW: 66%, Brandenburg 78%). Hoofe hält es daher für durchaus realistisch, dass Deutschland den EU-Zielwert von 73 Prozent im Jahr 2020 übertreffen könnte.

Hoofe betonte den Beitrag der Politik zur besseren Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Er verwies nicht nur auf den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen und Ganztagschulen und auf die Einführung des Elterngelds, das den früheren Wiedereinstieg begünstige, sondern auch auf Programme für Berufsrückkehrerinnen. Er machte ebenfalls deutlich, dass es nicht

nur darum geht, die Situation von Frauen in der Breite des Arbeitsmarktes zu verbessern, sondern auch mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen: „Auch da schlafen wir noch ein wenig auf den Bäumen.“

### Diskrepanzen zwischen erwünschter und tatsächlicher Arbeitszeit

Juliane Achatz, Leiterin der Arbeitsgruppe „Geschlechterforschung“ am IAB, zeichnete in einem gemeinsamen Vortrag mit IAB-Forscherin Susanne Kohaut die Konturen der Erwerbsbeteiligung von Frauen nach. Sie ging dabei auf den Wandel der Erwerbsformen, Erwerbsmuster im Familienkontext, Arbeitszeitwünsche und die Familiensensibilität der Arbeitswelt als wesentliche Entwicklungslinien ein.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen steigt zwar über die Zeit, so Achatz, nicht aber der Umfang der Arbeitszeit. Die Vollzeitbeschäftigung von Frauen sinkt, wobei das Niveau in Ostdeutschland insgesamt höher liegt. Hoch qualifizierte Frauen arbeiten dabei häufiger Vollzeit. Betrachtet man die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung nach Elternschaft, dann zeigt sich, dass die Familienphase die Erwerbsbeteiligung von Frauen maßgeblich prägt. Auch hier zeigen sich Unterschiede zwischen Ost und West: „Während die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Westdeutschland in der Altersphase, in der Familien gegründet werden, im Vergleich zu den Männern gering ist, fallen die Abstände in Ostdeutschland wesentlich kleiner aus“, sagte Juliane Achatz.

Das Erwerbsmuster in ost- und westdeutschen Paarhaushalten entwickelt sich dagegen mittlerweile in einer ähnlichen Richtung: Hier wie dort setzt sich sukzessive das Anderthalb-Verdiener-Modell durch. Während Väter in Vollzeit tätig sind, arbeiten Mütter in Teilzeit. „Vom Ziel einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen sind wir noch entfernt“, so Achatz. Das Doppelverdiener-Modell habe sich in Westdeutschland zunehmend unter hoch qualifizierten Frauen und hoch qualifizierten Paaren etabliert.

Studien belegen, dass die bildungsspezifischen Unterschiede bei den Erwerbsmustern von Müttern zunehmen: So ist die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen mit Hochschulabschluss in Vollzeit tätig sind, im Vergleich zu Frauen ohne beruflichen Abschluss hoch. Vor allem die Erwerbsbeteili-

gung niedrig qualifizierter Mütter in Ostdeutschland ist im Laufe der Zeit gesunken. „Es geht also nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch um Qualifikationen“, betonte Achatz.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hängt wesentlich von der Ausgestaltung der Arbeitszeit ab. Auch Achatz wies darauf hin, dass Studien zu Arbeitszeitwünschen deutliche Diskrepanzen zwischen der erwünschten, der vertraglich vereinbarten und der tatsächlichen Arbeitszeit aufzeigen. Während vollzeitbeschäftigte Frauen und Männer im Durchschnitt eher kürzer arbeiten möchten, wünschen sich teilzeitbeschäftigte Frauen eher längere Arbeitszeiten: Im Schnitt wollten Frauen ihre Arbeitszeiten im Jahr 2009 um drei Wochenstunden erhöhen.

Ob Frauen ihre Arbeitszeit verringern oder ausweiten wollen, hängt auch von der familiären Situation und der Erwerbskonstellation innerhalb des Haushaltes ab. Während die Arbeitszeitwünsche von Müttern durch zeitliche Restriktionen geprägt sind, spielen bei Vätern stärker die finanziellen Bedarfe der Familie eine entscheidende Rolle. „Die Arbeitszeiten der ostdeutschen Mütter sind dabei deutlich höher“, sagte Achatz. „Kinder haben dort wesentlich weniger Einfluss auf den Umfang der Erwerbstätigkeit von Frauen.“

Westdeutsche Mütter, die mit einem Partner zusammenleben, möchten im Vergleich zu kinderlosen Frauen überdurchschnittlich häufig ihr Arbeitszeit verringern, seltener erhöhen. Alleinerziehende Mütter tendieren weniger dazu, ihre Arbeitszeit zu verkürzen, sondern eher dazu, diese auszuweiten. Väter neigen deutlich seltener dazu, ihre Arbeitszeit zu verkürzen



Gelegenheit zu weiterführender Information beim Büchertisch. Quelle: IAB

als kinderlose Männer. Das Ziel, die Arbeitszeit auszuweiten, korrespondiere also nur teilweise mit den Arbeitszeitwünschen und Lebensentwürfen von Eltern, resümierte Achatz.

Dass die Familiensensibilität der Arbeitswelt zugenommen hat, machte Achatz anhand von Ergebnissen des IAB-Betriebspanels aus den Jahren 2004 und 2008 deutlich. Danach haben betriebliche Kinderbetreuungsangebote und Angebote für Personen in Elternzeit deutlich zugenommen. Auch die Zahl der Unternehmen, die bisher noch keine Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie anbieten, ist zurückgegangen, allerdings immer noch relativ hoch.

### Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen bei der Datev eG

Die Datev eG, eine europaweit tätige EDV-Dienstleistungsorganisation mit rund 6.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, hat sich seit einigen Jahren auf die Fahnen geschrieben, den Anteil von Frauen, aber auch von Teilzeitbeschäftigten in Führungspositionen zu erhöhen. *Claudia Lazai*, im Unternehmen Ansprechpartnerin für Beruf und Familie, zog in ihrem Vortrag Bilanz.

Der Anteil weiblicher Führungskräfte bei der Datev ist laut Lazai seit dem Jahr 2001 von 15,7 auf 22 Prozent gestiegen – der Anteil weiblicher Beschäftigter insgesamt liegt dort aktuell bei 44 Prozent. Um die weibliche Führungsquote weiter zu verbessern, hatte das Unternehmen die Technische Universität Dortmund beauftragt, eine IST-Analyse durchzuführen und mögliche Barrieren zu identifizieren. Auf Basis dieser Ergebnisse erarbeitete das Unternehmen einen breiten Katalog an Maßnahmen, die zu einem großen Teil bereits umgesetzt wurden. Einer von vielen Bausteinen betrifft die Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort. Heute, so Lazai, existieren im Unternehmen über 250 verschiedene Arbeitszeitmodelle.

Beachtliche Erfolge konnte die Datev beim Ausbau von Führungspositionen in Teilzeit erzielen. Deren Zahl stieg von Ende 2009 bis Mitte 2012 von fünf auf 15 – davon 13 Frauen. Grundsätzlich, so die Ergebnisse einer Online-Befragung, begrüßt der Großteil der Führungskräfte die Initiative des Unternehmens, „Führung in Teilzeit“ zu erleichtern. 67 Prozent der Befragten konnten sich das auch in ihrem Bereich vorstellen. Allerdings wurden rund zwei Drittel der Aufgaben als nicht delegierbar eingeschätzt – darunter „klassische“ Führungsaufgaben wie Zielvereinbarungsgespräche, Personalbeschaffung, Gehaltsplanung und Teament-

wicklung. Umgekehrt kann nach Einschätzung der Befragten im Durchschnitt ein Drittel der Aufgaben delegiert werden. Damit Führungskräfte aber von ihrer Teilzeitoption tatsächlich Gebrauch machen, sei es unabdingbar, dass die verkürzte Arbeitszeit der Führungskraft nicht verfällt, sondern dem Team auch zur Verfügung steht.

In der Diskussion machte Lazai deutlich, dass sie eine feste Frauenquote in Führungspositionen für nicht zielführend hält. Allerdings habe die politische Debatte um die Frauenquote den Blick des Unternehmensvorstands für das Thema geschärft und einen wichtigen Anstoß für Veränderungen im Unternehmen gegeben.

### Betriebliche Praxis bei der promeos GmbH

*Jochen Volkert*, Geschäftsführender Gesellschafter der promeos GmbH in Nürnberg, näherte sich der Thematik aus der Sicht eines kleinen Betriebes im verarbeitenden Gewerbe, der sich gegen renommierte Großunternehmen behaupten muss. Volkert, selbst vierfacher Familienvater, machte in seinem Vortrag deutlich: „Druck verhindert Leistung! Er entsteht immer, wenn die Vereinbarkeit beider ‚Welten‘ nicht mehr gegeben ist.“

Die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Volkert „nichts als ein Märchen“. Er präsentierte eine für Betriebe dieser Größenordnung ungewöhnlich breite Palette an Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie reicht von flexibler Arbeitszeitgestaltung, Telearbeit, Kinderspielecken bei kurzfristigem Ausfall der Kinderbetreuung bis hin zu einem „Windelgeld“ von 600 Euro im Jahr. Besprechungen finden grundsätzlich nur zwischen 9 und 16 Uhr statt.

Bei gleichwertiger Qualifikation stellt das Unternehmen, das mehrfach für seine Familienfreundlichkeit ausgezeichnet wurde, bevorzugt Menschen mit Kindern ein, erläuterte Volkert. Ingenieurinnen und Technikerinnen würden gezielt angesprochen. Die Mitarbeiterprofile der Firma reichen von der „grauen Eminenz“, die mit 75 Jahren noch zwei bis drei halbe Tage pro Woche in der Buchhaltung arbeitet, bis zum jungen Vater, der Elternzeit in Anspruch nimmt und seine Dienstgeschäfte einen Tag in der Woche von zu Hause aus erledigt.

Volkert ist sich sicher: Diese Investitionen in eine familienfreundliche Unternehmenskultur zahlen sich aus – etwa in Form verbesserter Mitarbeiterbindung, geringerer Fehlzeiten und höherer Qualität der Arbeitsergebnisse. Der Firmengründer verschweigt indes



nicht, dass er sich schnell von Mitarbeitern trennt, die aus seiner Sicht nicht zur Unternehmenskultur passen. Großen Unternehmen, die familienfreundlicher werden wollen, rät Volkert, Menschen für Veränderungsprozesse zu motivieren.

### DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten“

Frank Meissner vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) informierte über das seit dem Jahr 2005 laufende Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten“. Mit diesem vom Bundesfamilienministerium geförderten Projekt soll die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie vernetzt und gestaltet werden.

Maßgeschneiderte Arbeitszeiten, so Meissner, sind das wichtigste Instrument einer familienfreundlichen Arbeitsgestaltung. Schwerpunkte einer familienbewussten Arbeitszeitgestaltung sieht der Projektkoordinator in einer familiengerechten Gestaltung der Schichtarbeit, pflegesensiblen Arbeitszeiten, vollzeitnahen Teilzeitmodellen und Arbeitszeiten, die Veränderungen im individuellen Lebensverlauf wie Kindern, Krankheit oder Arbeitslosigkeit Rechnung tragen. Arbeitszeit und -organisation seien vielfach im Sinne der Beschäftigten, auch der Frauen, flexibilisiert wor-

den, zumal sich die Rahmenbedingungen für eine familienbewusste Personalpolitik dank wirtschaftlicher Notwendigkeiten und politischer Initiativen verbessert hätten. Die Tatsache, dass auch die Männer immer mehr für dieses Thema sensibilisiert seien, stärke die Frauen.

Gleichwohl sieht Meissner auch die Schattenseiten. Die Diskrepanz zwischen sehr engagierten Betrieben einerseits und solchen, wo Familienfreundlichkeit allenfalls der Imagepflege diene, sei groß. Mitunter führe eine Flexibilisierung der Arbeitszeit und -organisation zu einer Arbeitsverdichtung und einer zunehmenden Entgrenzung zwischen Arbeitszeit und Freizeit. Auch hielten sich traditionelle Rollenbilder hartnäckig. Schließlich setzt nach Meissners Ansicht auch die Politik – etwa mit dem Betreuungsgeld (s.o.) – ambivalente Signale. Daher gelte es – im Sinne Max Webers – weiterhin, dicke Bretter zu bohren.

*Quellen: Tagungsbericht zur Konferenz „Erwerbsbeteiligung von Frauen – Chancen und Risiken auf dem Arbeitsmarkt“ am 10. und 11. Juli 2012, [www.iab.de](http://www.iab.de); Spiegel Online, 10.09.2013*

### Neue Trends in der Arbeitswelt

*Atypisch, flexibel, gut? „Neue Trends in der Arbeitswelt“ heißt das neue Themenheft für den Unterricht, das die deutsche Hans-Böckler-Stiftung in der Reihe „Böckler Schule“ herausgebracht hat. Auf 30 Seiten können sich Schülerinnen und Schüler mit den Herausforderungen der heutigen Arbeitswelt auseinandersetzen. Wie wollen, wie können junge Menschen arbeiten? Was bedeutet es für BerufseinsteigerInnen, wenn fast jede zweite Neueinstellung befristet ist? Diese Fragen werden ebenso behandelt wie atypische Beschäftigung in Unternehmen wie Amazon oder die Vor- und Nachteile moderner Kommunikationstechniken: Welche Folgen hat es, wenn die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen? Warum sorgen Burn-Out-Erkrankungen für Schlagzeilen?*

*Das Heft bietet eine didaktisch aufbereitete Sammlung von Materialien wie Zeitungsartikel,*

*Grafiken, Fotos und Filmtipps. Ein 10-seitiger didaktischer Kommentar für Lehrkräfte rundet das – nach der Ausgabe über die Finanzkrise – zweite „Böckler Schule“-Themenheft ab.*

*Neben den Themenheften bietet die Website [www.boeckler-schule.de](http://www.boeckler-schule.de) auch Unterrichtseinheiten an. Das sind vier- bis sechsseitige Arbeitsblätter, die aktuelle, für (künftige) ArbeitnehmerInnen wichtige Entwicklungen didaktisch aufbereiten. In ein bis zwei Doppelstunden können so Themen wie Einkommensverteilung oder betriebliche Mitbestimmung komplett mit Texten, Karikaturen, Infografiken und Arbeitsvorschlägen im Unterricht behandelt werden. Ziel ist es, die sozioökonomische Bildung zu stärken. Das Konzept verbindet die Fächer Politik, Wirtschaft und Soziologie und hilft so Lernenden, ihre Lebenswirklichkeit im Zusammenhang zu verstehen.*

*Die Themenhefte können kostenlos bestellt werden unter: [www.boeckler-schule.de](http://www.boeckler-schule.de)*

## Geschlechtsspezifische Ausbildungs- und Berufsverläufe in der Schweiz

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern verlaufen Ausbildungs- und Berufsbiografien in der Schweiz noch immer besonders ausgeprägt in geschlechtstypischen Bahnen. Auch heute noch werden Frauen hier selten Informatikerinnen und nur wenige Männer lassen sich zu Pflegefachmännern ausbilden. In einer vom Schweizer Nationalfonds geförderten Studie identifizierten Baseler ForscherInnen eine Reihe von Mechanismen, die für die fortbestehende horizontale Geschlechtersegregation in der Berufswelt verantwortlich sind, und zeigen Ansatzpunkte auf, wie diese überwunden werden kann.

Worin liegt die ausgeprägte Geschlechtersegregation im Schweizerischen Ausbildungs- und Berufssystem begründet? Und warum erweist sie sich als so ausgesprochen persistent? Um Aufschluss über diese Fragen zu erhalten untersuchte eine siebenköpfige Forschungsgruppe am Zentrum Gender Studies und dem Seminar für Soziologie der Universität Basel im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 60 geschlechtsspezifische Ausbildungs- und Berufsverläufe junger Frauen und Männer in der Schweiz. Dazu kombinierten die Basler WissenschaftlerInnen quantitative und qualitative Forschungsmethoden: Für die quantitativen Analysen wurde der Datensatz der TREE-Studie (Transition von der Erstausbildung ins Erwerbsleben) verwendet, einer Längsschnittuntersuchung zum Übergang Jugendlicher von der Schule ins Erwerbsleben. Die Stichprobe umfasste rund 6.000 Jugendliche, die im Jahr 2000 an der PISA-Studie teilnahmen und im selben Jahr als rund 16-Jährige die obligatorische Schulpflicht beendeten. Die Jugendlichen wurden seither in ungefähr jährlichen Abständen zu ihrem weiteren beruflichen Werdegang befragt. Zusätzlich führte die Forschungsgruppe mit 33 ausgewählten Personen aus der TREE-Stichprobe rund 10 Jahre nach Schulabschluss biografische Interviews zu ihren Ausbildungs- und Berufsverläufen.

### Geschlechtsuntypische Ausbildungs- und Berufsverläufe sind nach wie vor selten

Wie die Projektergebnisse sichtbar machen, unterscheiden sich die Ausbildungswege von Frauen und Männern noch immer deutlich. In den schulischen Ausbildungen überwiegen die Frauen, in der betrieblichen Berufsbildung die Männer. Auch in der Kohorte der heute Mitte-Zwanzigjährigen sind geschlechtsuntypische Ausbildungsverläufe selten: Lediglich drei Prozent der jungen Frauen und Männer möchten als 16-Jährige einen Beruf ergreifen, in dem ihr Geschlecht weniger als 30 Prozent der Beschäftigten ausmacht, und sind sieben Jahre später auch in einem solchen geschlechtsuntypischen Berufsfeld tätig.

Frauen streben häufiger geschlechtsuntypische Ausbildungswege an als Männer. Es gelingt ihnen jedoch seltener, sich in diesen Berufsfeldern auch tatsächlich zu etablieren. In diesem Ergebnis wird die Hierarchisierung der Berufswelt nach Geschlecht deutlich. Da männertypische Berufe tendenziell einen höheren Status haben, sind sie attraktiver und werden entsprechend häufiger angestrebt. Gleichzeitig sind sie schwieriger zu erreichen als die tendenziell statustiefere frauentypischen Berufsfelder. Insgesamt dokumentieren die quantitativen Analysen der Ausbildungsverläufe die Persistenz einer ausgeprägten horizontalen beruflichen Segregation in der Schweiz.

### Zusätzliche Segregation innerhalb der Berufe

Die qualitativen Interviews liefern darüber hinaus Hinweise, dass das effektive Ausmaß der Geschlechtersegregation in der Berufswelt noch stärker ausfällt, als dies statistisch nachweisbar ist. Bei einigen geschlechtsuntypisch kodierten Fällen wurde deutlich, dass sich Männer in frauentypischen Berufen oft in „Männernischen“ wiederfinden und Frauen in den männertypischen Berufen in „Frauennischen“. So enthält das qualitative Sample beispielsweise eine Frau, die als Montagearbeiterin der Metallverarbeitungsbranche zugeordnet ist, in der entsprechenden Firma jedoch hauptsächlich Sekretariatsarbeiten erledigt. Eine Konstrukteurin betreut in ihrer Firma die Messtische und gleich mehrere interviewte Pflegefachmänner arbeiten nicht in der Pflege am Krankenbett, sondern als Berufsbildner oder Anästhesieassistenten.

Diese geschlechtstypischen Nischen erwiesen sich als so häufig, dass es trotz des großen quantitativen Ausgangssamples schwierig war, überhaupt genügend untypische Fälle für die qualitativen Interviews zu finden. Aufgrund dieser zusätzlichen Segregation, welche in aggregierten Daten unsichtbar bleibt, ziehen die Forschenden den Schluss, dass die Zahl der

Personen mit geschlechtsuntypischer Berufstätigkeit systematisch überschätzt wird.

### Frühe Selektion und starke Pfadabhängigkeit des Schweizer Ausbildungssystems

Welche Mechanismen tragen zu dieser ausgeprägten Segregation bei? Ein erstes Ursachenbündel lokalisiert die Forschungsgruppe im Ausbildungssystem selbst: Erstens findet die zentrale berufsbiographische Weichenstellung im Schweizer Ausbildungssystem im internationalen Vergleich zu einem sehr frühen Zeitpunkt statt. Beim Übergang von der obligatorischen Schule in die berufsbildenden oder allgemeinbildenden

den Ausbildungsgänge der Sekundarstufe 2 sind die Jugendlichen 15 bis 16 Jahre alt. In dieser Lebensphase orientieren sich die meisten Jugendlichen stark an Geschlechterstereotypen und wagen es nur selten, Geschlechtergrenzen zu überschreiten. Zweitens belegen die Analysen der Ausbildungsverläufe, dass die Ausbildungsberufe in der Schweiz eng an die späteren Erwerbsberufe gekoppelt sind. Diese starke Pfadabhängigkeit macht es schwierig, von einmal eingeschlagenen Ausbildungswegen abzuweichen.

### Untypische Berufe kommen nicht ins Blickfeld

In den Interviews wurde zudem deutlich, dass die befragten Frauen und Männer in ihrer bisherigen Bil-

### Kindertagesstätten verbessern Karrierechancen der Mütter

*Viele europäische Länder bauen zurzeit die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im vorschulischen und schulischen Alter aus, also Kindertagesstätten, Krippen, schulische Tagesstrukturen und Mittagstische. Sie sollen es Müttern und Vätern ermöglichen, ihre Arbeitspensen anzugleichen. Zwar sind in der Schweiz 77 Prozent der Mütter mit Kindern unter 15 Jahren erwerbstätig, doch die meisten mit einem geringen Teilzeitpensum. Die Väter dagegen sind mehrheitlich voll erwerbstätig (89%).*

*Doch wirkt sich familienergänzende Kinderbetreuung überhaupt auf die Berufstätigkeit von Vätern und Müttern aus? Dieser Frage sind das Forschungs- und Beratungsbüro Infrac und das Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität St. Gallen nachgegangen. Die beiden Projektleiterinnen Susanne Stern und Christina Felfe haben mit ihrem Team erstmals eine landesweite Statistik zum Betreuungsangebot erhoben. Demnach ist dieses im internationalen Vergleich schwach ausgebaut. Durchschnittlich steht ein Betreuungsplatz für 11 Prozent der Kinder im Vorschulalter und für 8 Prozent der Kinder im Schulalter zur Verfügung. Gemessen an den beschäftigungs- und gleichstellungspolitischen Zielen der EU (Barcelona-Ziele 2002), die eine Quote von 33 Prozent für den Vorschulbereich und 90 Prozent für den Schulbereich empfehlen, liegt die Schweiz damit weit zurück. Das Betreuungsangebot ist*

*in punkto verfügbarer Plätze in der Westschweiz sowie im Kanton Basel-Stadt und rund um Zürich und Zug am besten, während es in der Zentral- und Ostschweiz am schlechtesten ist.*

*Für die Deutschschweiz konnten die Forschenden mittels eines ökonometrischen Vergleichs mehrerer Gemeinden zeigen, dass sich die Erhöhung des Betreuungsangebots auf die Arbeitspensen der Väter und Mütter auswirkt. So würde etwa ein Anstieg der Betreuungsplätze pro Schulkind von durchschnittlich 3 auf 11 Prozent bewirken, dass der Anteil der voll arbeitenden Mütter von 4 auf 12 Prozent stiege. Die Väter dagegen würden – ebenfalls laut Berechnung – ihre Erwerbstätigkeit reduzieren, wenn mehr Betreuungsplätze für ihre Kinder zur Verfügung stünden.*

*Die Forschenden ziehen daraus den Schluss, dass sich die familienergänzende Kinderbetreuung positiv auf die Gleichstellung der Geschlechter auswirkt. Der Grund: Vollzeit erwerbstätige Mütter haben bessere Karrierechancen als teilzeitarbeitende, können ihre Fachkompetenzen eher weiterentwickeln und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und damit jenen der Männer angleichen. Wenn Väter ihre Arbeitspensen reduzieren, wird die egalitäre Aufteilung der Erwerbs- und Familienarbeit begünstigt, was sich wiederum positiv auf die Karrierechancen der Mütter auswirkt.*

*Quelle: Pressemitteilung des Schweizer Nationalfonds SNF, 28.10.2013*

dungsbiografie kaum je mit der Möglichkeit, einen geschlechtsuntypischen Beruf zu ergreifen, in Kontakt kamen. Die Befragten nannten bereits als Kinder geschlechtsadäquate Wunschberufe. Auch während der Schulzeit und in Schnupperpraktika haben sie geschlechtsuntypische Berufsfelder für sich selbst gar nie in Erwägung gezogen. Daher ist zu dem Zeitpunkt, in dem die Jugendlichen beginnen, sich konkret mit möglichen Berufsfeldern auseinanderzusetzen, ihr Blick in vielen Fällen bereits stark auf geschlechtstypische Berufsfelder eingengt und blendet andere Interessen und Talente systematisch aus.

Der Berufsberatung kommt in diesem Prozess eine geringe Bedeutung zu; die Befragten betrachten sie rückblickend als bedeutungslos für ihre eigene Berufsfindung. Die Beratungssituationen werden lediglich als punktuelle, einmalige Ereignisse erinnert, die keine nachhaltige Wirkung entfaltet haben und auch keine Erweiterung der bis dahin vorhandenen Berufsorientierung bewirkten.

### **Junge Erwachsene in untypischen Berufen haben überdurchschnittliche Ressourcen**

Angesichts dieser Erkenntnisse stellt sich die Frage, welche Jugendlichen trotz dieser Ausgangslage den Weg in geschlechtsuntypische Berufe finden. Wie die Forschenden feststellten, weisen diejenigen Männer und Frauen, die als 16-Jährige einen geschlechtsuntypischen Beruf antizipiert haben und sich sieben Jahre danach in einem solchen Beruf wiederfinden, eine höhere Ressourcenausstattung auf als ihre AlterskollegInnen in geschlechtstypischen oder neutralen Berufen. Überdies weisen sie eine leicht geschlechtsuntypische Ressourcenkombination auf, indem Männer in geschlechtsuntypischen Berufen im PISA-Test etwas höhere Lesekompetenzen und Frauen im männerdominierten Beruf etwas bessere Mathematikleistungen aufweisen als ihre gleichaltrigen KollegInnen, die geschlechtstypische Ausbildungswege eingeschlagen haben. Darüber hinaus zeichnen sie sich durch eine überdurchschnittliche Selbstwirksamkeit aus und ihre Eltern besitzen einen höheren Sozialstatus und mehr kulturelle Güter, wie Bücher oder Kunstgegenstände.

Es sind folglich nicht die schwachen Schülerinnen und Schüler, die in untypische Berufe abgedrängt werden, weil sie anderenorts den Einstieg nicht schaffen. Im Gegenteil: Wer als Mann einen frauentypischen oder als Frau einen männertypischen Beruf anstrebt, bringt überdurchschnittliche Ressourcen mit. Die Forschenden interpretieren diesen Befund dahingehend, dass es nach wie vor voraussetzungs-

voller ist und deshalb mehr Ressourcen braucht, einen geschlechtsuntypischen Beruf zu erlernen als einen geschlechtstypischen.

In den Interviews berichten die junge Erwachsenen mit untypischen Verläufen zudem von einem hohen Maß an Unterstützung und Bestätigung aus ihrem Umfeld. Positive Rückmeldungen von Eltern, Geschwistern und anderen nahestehenden Personen sowie von LehrerInnen und AusbilderInnen sind zentral, damit ein geschlechtsuntypischer Weg nicht nur begonnen wird, sondern auch gelingt.

### **Untypische Berufsverläufe ‚lohnen‘ sich nicht für alle gleichermaßen**

Weiters zeigt die Studie, dass es sich für Männer und Frauen nicht gleichermaßen lohnt, einen geschlechtsuntypischen Beruf zu ergreifen. Wie der Vergleich des antizipierten mit dem sieben Jahre später tatsächlich erreichten Berufsstatus sichtbar macht, hat ein Wechsel in einen frauentypischen Beruf den größten Statusverlust, jener in einen männertypischen Beruf einen Aufstieg zur Folge. Höhere Statuswerte erreichen in erster Linie junge Frauen, die sich in neutralen oder männertypischen Berufsfeldern etablieren können. Eine Abweichung von geschlechtstypischen Ausbildungswegen ist für Frauen folglich lohnenswert. Für Männer mit konstant untypischen Verläufen hingegen ist die Bilanz negativ. Sie weisen sieben Jahre nach Schulabschluss trotz ihrer überdurchschnittlichen Ressourcenausstattung von allen Verlaufsgruppen den tiefsten Berufsstatus auf.

Besonders frappierend sind die Analyseergebnisse jedoch generell bei den jungen Frauen und Männern, die frauentypische Berufe antizipieren und realisieren. Bei ihnen fällt nicht nur ihr tiefer erreichter Berufsstatus auf, sondern auch der geringe antizipierte Status, der mit frauentypischen Berufen verbunden ist. Einen frauentypischen Beruf zu ergreifen, zahlt sich folglich weder für Frauen noch für Männer aus. Die darin sichtbar werdende Hierarchisierung der männer- und frauentypischen Berufe erachten die Forschenden als einen der Mechanismen, der insbesondere junge Männer von vornherein davon abhält, frauentypische Berufsfelder in Betracht zu ziehen.

### **Inkompatibilität von Familie und Beruf**

Ein weiterer Segregationsmechanismus zeigt sich bei den jungen Erwachsenen mit geschlechtsuntypischen Berufen im Zusammenhang mit einer späteren Familiengründung. Männer wie Frauen fragen sich, wie sie ihren geschlechtsuntypischen Beruf mit ihren Familienplänen in Einklang bringen sollen. Mehrere

Männer in frauentypischen Berufen thematisieren die Schwierigkeit, in ihrem Beruf genügend zu verdienen, um später eine Familie ernähren zu können. Frauen in männertypischen Berufen erwähnen demgegenüber in erster Linie das Problem, zukünftige Familienarbeit mit einer Berufstätigkeit zu vereinbaren, in welcher Vollzeitarbeit gefordert ist. Sie befürchten, dass sie nach einer Familiengründung ihre heutige Arbeit aufgeben und auf weniger herausfordernde Tätigkeiten ausweichen müssen.

Die erwartete Unvereinbarkeit von Beruf und Familie kommt nicht erst dann zum Tragen, wenn ein Kinderwunsch tatsächlich realisiert wird. Sie kann Jugendliche mit geschlechtsuntypischen beruflichen Interessen und Fähigkeiten von vornherein davon abhalten, diese weiter zu verfolgen. Wie die quantitativen Analysen belegen, wünschen sich Frauen, die eigenen Kindern bereits als 16-Jährige eine hohe Bedeutung zuweisen, häufiger frauentypische Berufe und sind sieben Jahre später auch häufiger in frauentypischen Berufen tätig.

#### Wie lassen sich die Geschlechterungleichheiten vermindern?

Die Ursachen für die Reproduktion der Geschlechtersegregation sind, wie gezeigt wurde, komplex und vielschichtig. Die Ergebnisse der Studie machen deutlich, wie wichtig es ist, Berufsfindung nicht als punktuellen Entscheidungsmoment zu verstehen, sondern als langfristigen biografischen Prozess. Berufsfindung muss als Verlauf gesehen werden, der in frühester Kindheit beginnt und sich im Sinne einer durchgängigen geschlechtsspezifischen Sozialisation durch das gesamte Jugendalter weiter fortsetzt. Mit lediglich punktuell ansetzenden Sensibilisierungsmaßnahmen ist die Überwindung der Geschlechtsspezifität nach Ansicht der ForscherInnen nicht zu erreichen. Das Problem erfordert stattdessen weitreichende gesellschaftliche und politische Veränderungen. Aufgrund der Erkenntnisse aus dem Projekt wurden drei konkrete Handlungsfelder identifiziert:

Zunächst bedarf es den Forschenden zufolge einer wirksamen geschlechtersensiblen Begleitung junger Erwachsener in ihrem Berufsorientierungsprozess, welche die Perspektive der jungen Erwachsenen auf geschlechtsuntypische Berufsfelder erweitert. Dabei gelte es, stets auch ihre antizipierten Familienrollen in die Diskussion einzubeziehen und Alternativen zu einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung auszuloten. Dies erfordere, sämtliche genannten Schlüsselpersonen (LehrerInnen, BerufsberaterInnen, ErzieherInnen, JugendarbeiterInnen, LehrmeisterInnen,

BerufsbildnerInnen etc.) für ihre wichtige Rolle als Gatekeeper und MentorInnen zu sensibilisieren.

Zum zweiten müsse beim Ausbildungs- und Berufssystem selbst angesetzt und Ausbildungswege zu frauen- und männertypischen Berufen müssten äquivalent ausgestaltet werden. Berufe für beide Geschlechter attraktiv zu machen, beinhaltet unter anderem, die Trennung in männertypische berufsbildende und frauentypische allgemeinbildende Ausbildungsgänge aufzulösen. Die ForscherInnen hinterfragen zudem die in frauentypischen Berufen häufig geforderten Mindestalter und Praktika vor Ausbildungsbeginn sowie die teilweise fehlende Entlohnung während der Ausbildungszeit. Weiters plädieren sie dafür, die horizontale Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Berufsfeldern zu verbessern, damit Berufswechsel auch zu späteren Zeitpunkten leichter gelingen. Hierzu müssten sämtliche Ausbildungswege systematisch auf geschlechtersegregierende Effekte geprüft und diese schrittweise abgebaut werden. Insbesondere Reformen und Neuschaffungen von Ausbildungsgängen sollten dazu genutzt werden, um solche Effekte zu reduzieren.

In Bezug auf den Arbeitsmarkt sehen die ForscherInnen die grundlegende Herausforderung zum dritten darin, Berufe von ihrer Entlohnung und ihrer Arbeitsorganisation her so auszugestalten, dass sie nicht einen bestimmten vergeschlechtlichten Lebensentwurf aufzwingen. Dies erfordere eine Anpassung der Entlohnung in vielen frauentypischen Berufen und die Ermöglichung von flexiblen Arbeitszeiten, variablen Arbeitspensen und Erwerbsunterbrechungen in männertypischen Berufen, sodass eine Vielfalt an Lebensverläufen ermöglicht wird – für Frauen und für Männer.

*Quelle: Zusammengefasste Ergebnisse des NFP60-Projekts: „Kontinuität und Wandel von Geschlechterungleichheiten in den Ausbildungs- und Berufsverläufen junger Erwachsener in der Schweiz“; [www.nfp.60](http://www.nfp.60); [www.snf.ch](http://www.snf.ch)*

*Projektteam: Prof. Dr. Andrea Maihofer, Prof. Dr. Manfred Max Bergman, Dr. Sandra Hupka, Dr. Nina Wehner, Dr. Karin Schwiter, Dr. Evéline Huber und Dr. Shireen Kanji, Zentrum Gender Studies und Seminar für Soziologie der Universität Basel*

## Gefahr von rechts und neue Solidarität

### Griechenland in schweren Zeiten

Im Athener Stadtbezirk Ambelokipi ist man Sprechchöre gewöhnt. Seit der Fußballclub Panathinaikos in das alte Stadion an der Leoforos-Alexandras-Straße zurückgekehrt ist, sind an Matchtagen im weiten Umkreis Schlachtengesänge zu vernehmen. An diesem Tag aber hallt die Leoforos Alexandras von anderen Rufen wider.

Schräg gegenüber dem Eingang zum Stadion befindet sich das Athener Polizei-Hauptquartier, bewacht von vielleicht hundert Polizisten. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite haben sich empörte Demonstrantinnen und Demonstranten versammelt. Ihre Sprechchöre klingen hell und jugendlich, obwohl auch Herrschaften gesetzten Alters unter ihnen sind. Die Straße mit ihrem dichten Verkehr ist ein Rubikon, den sie nicht zu überschreiten wagen. Aber für die Polizisten ist deutlich zu hören, was die schwarz gekleideten Frauen und Männer mit ihren Griechenland-Fahnen und Transparenten rufen: „Aíma, timí, Chrysi Avgí“ – „Blut, Ehre, Goldene Morgenröte“.

Es ist der 28. September 2013. Die Griechinnen und Griechen sind mit einer aufregenden Nachricht aufgestanden. Nikolaos Michaloliakos, Chef der neonazistischen Partei „Chrysi Avgí“, ist in den Morgenstunden verhaftet worden, mit ihm sind Parteisprecher und weitere Mitglieder der Partei – darunter mehrere Parlamentsabgeordnete – in Polizeigewahrsam genommen worden. Jetzt warten sie auf ihre Vorführung beim Untersuchungsrichter. Man wirft ihnen die „Gründung einer kriminellen Vereinigung“ vor.

Dem vorausgegangen ist eine Bluttat, die für Entsetzen sorgte. Der Hip-Hop-Musiker und antifaschistische Aktivist Pavlos Fyssas geriet in einem Lokal während der Übertragung eines Fußballspiels in Streit mit einem rechten Rabauken. Als er daraufhin das Lokal verließ, wurde Fyssas laut Augenzeugen von etwa 15 Rechtsextremisten attackiert. Einer von ihnen zückte ein Messer und stach auf den Rapper ein. Der Musiker verblutete. Dem mutmaßlichen Täter wird ein Naheverhältnis zu „Chrysi Avgí“ nachgesagt. Außerdem soll er vor dem Mord mit „Morgenröte“-Leuten in telefonischem Kontakt gestanden sein. Chrysi Avgí selbst distanzierte sich

von der Tat und verurteilte sie. Trotzdem formierten sich im ganzen Land Demonstrationen. Ihre Forderung: „Neonazis raus“.

Den ganzen Tag über berichten an diesem Samstag die TV- und Rundfunkanstalten über ein Ereignis, das so kaum denkbar schien: Die Führungsspitze einer Parlamentspartei wird von der Justiz – zumindest vorübergehend – ausgeschaltet. In Endlosschleife sind Bilder zu bestaunen, auf denen Abgeordnete und andere Frauen und Männer der Partei in Handschellen von verummumten Sicherheitsbeamten in die Autos verfrachtet werden. Sie werden zum Gericht gebracht, um dort ein erstes Mal Rede und Antwort zu stehen. „Man wird uns nicht beugen“, ruft einer der Verhafteten.

### Sieg gegen rechts

Bei der überwiegenden Mehrzahl der Griechinnen und Griechen löste die Polizeiaktion Freude und Erleichterung aus. Mit großen Schlagzeilen feierten die Tageszeitungen noch am Abend den Sieg der Demokratie über die Gefahr von rechts. Allerdings mischten sich von Beginn an auch nachdenkliche Kommentare in den Jubel. Warum ging die Justiz erst jetzt gegen die rechtsextreme Partei vor?

Es gab nie Zweifel darüber, wes Geistes Kind „Chrysi Avgí“ ist. Bekannt war ihr Liebäugeln mit nationalsozialistischen Vorbildern. Bekannt waren ihre radikale Ausländerfeindlichkeit und ihre Versuche, Taxidienste, Ausspeisungen und sogar Blutbanken ausschließlich ethnischen Griechen zur Verfügung zu stellen. Bekannt waren ihre martialischen Umzüge und ihre latente Gewaltbereitschaft. Abgeordnete trugen Waffen, sogar im Parlament. Bekannt war, dass Chrysi-Avgí-Anhänger regelrecht Jagd auf Immigranten machten und dabei schon früher Todesopfer zu beklagen waren. Musste erst ein Grieche sterben, bevor man reagierte?

Trotz der jüngsten Ereignisse behauptet Chrysi Avgí in Umfragen ihren dritten Platz in der Wählergunst. Universitäre Forschung zeigt, dass ihre Anhänger auch aus wohlhabenden und gebildeten Schichten kommen. Zudem pflegt die Partei gute Kontakte zu Polizei und Militär. Bei einem Parteitreffen im kretischen Chania wurde die Phönix-Fahne der Militärdiktatur entrollt. Geschickt bündelt und verstärkt Chrysi Avgí Demokratieverdrossenheit und Diktatur-Nostalgie. Es ist sicher auch kein Zufall, dass es in den Tagen vor dem Polizeieinsatz gegen die Partei Putschgerüchte gab, die sich auch in einer Facebook-Botschaft an Militärs niederschlug.

### Gespaltenes Land

So klar ist es also nicht, ob das schon der große Sieg der Demokratie war. Schon mehrten sich Stimmen, die bezweifeln, ob die Anklage wegen „Bildung einer kriminellen Organisation“ vor Gericht bestehen wird. Bald nach der Verhaftung mussten einige Verdächtige wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Sollten die Anklagen vor Gericht nicht zu Verurteilungen führen, wäre die Demokratie nicht siegreich, sondern blamiert. Die Neonazis würden diesen Triumph zu feiern wissen. Vorsorglich legte die griechische Tageszeitung ihrer Wochenendausgabe eine Kopie des deutschen Anti-Diktatur-Filmes „Die Welle“ bei. Als Beitrag zur Immunisierung.

Ganz eindeutig ist auch der antifaschistische Kurs der konservativen Regierungspartei nicht. Ein Vertrauter von Premierminister Samaras sagte es unzweideutig: Er werde seine Pfeile nicht gegen die „Goldene Morgenröte“ verschießen, sondern für die „wahren Feinde“ aufheben. Damit ist vor allem das Linksbündnis „Syriza“ gemeint, das derzeit nach Umfragen fast gleichauf mit der Nea Dimokratia liegt und eine Alternative zur Sparpolitik verspricht. Seit langem versucht die große Regierungspartei den Menschen klarzumachen, dass von links und rechts dieselbe Gefahr ausgehe. Die alte und kaum aufgearbeitete Links-Rechts-Spaltung des Landes nach Bürgerkrieg und Diktatur ist immer noch geschichtsmächtig.

Jedenfalls würde auch eine etwaige Ausschaltung von Chrysi Avgi als „kriminelle Vereinigung“ die Ursachen für das Anwachsen faschistischer und ultranationalistischer Kräfte nicht beseitigen. Nach einem Besuch in Athen Ende des Vorjahres sagte der amerikanische Finanzexperte Charles Dallara, damals noch Direktor des Institute of International Finance, in einem TV-Interview: „Ich habe noch nie eine nationale Wirtschaft gesehen, die in einem solchen Ausmaß und über eine so lange Zeit hinweg geschrumpft wäre.“ Dallara legte den Finger genau auf den wunden Punkt. „Wir müssen die Arbeitslosigkeit unter 20 Prozent drücken, um die Stabilität der Gesellschaft und des politischen Systems zu gewährleisten.“

Aber das Gegenteil ist der Fall. Der Sozialökonom Savas Robolis, Leiter des „Instituts für Arbeit“ in Athen, hat die neuesten Zahlen. Die offizielle Statistik, sagt er in einem Ende Oktober 2013 geführten Telefoninterview, weise derzeit eine Arbeitslosigkeit von 27,6 Prozent aus. Nach Berechnungen seines Instituts liegt sie im Jahresdurchschnitt 2013 noch höher, nämlich bei 29 Prozent. Für das kommende Jahr wird ein Ansteigen auf 31 Prozent befürchtet. Besonders dramatisch ist die Lage junger Menschen: 60 Prozent der Schulabgänger zwischen 16 und 24 sind arbeitslos. In den vergangenen vier Jahren verlor eine Million Menschen den Job. Etwa 200.000 kleine Unternehmen mussten zusperren. Selbst wenn die griechische Wirtschaft, was eine äußerst optimistische Sicht der Dinge wäre, ab sofort jährlich um jährlich drei Prozent wüchse, würde es nach Professor Robolis' Berechnungen zwanzig Jahre dauern, die verlorene Million an Arbeitsplätzen wiederzugewinnen. Savas Robolis fordert daher gezielte Investitionen und ein Ende der rigorosen Sparpolitik für sein Land. Auch er macht sich um die politische Zukunft Sorgen. Das Erstarken der Neonazis sieht er in direktem Zusammenhang mit der Finanzkatastrophe. Trotz aller Turbulenzen und Gerichtsverfahren könne Chrysi Avgi bei der kommenden Europa-Wahl mit bis zu zehn Prozent der Stimmen rechnen. Damit säßen erstmals nicht nur Rechtspopulisten, sondern Neonazis im Europa-Parlament.

### Hohe Steuern, niedrige Einkommen

Vielen von denen, die noch Arbeit haben, geht es kaum besser als ihren arbeitslosen Kolleginnen und



Demonstration gegen den Faschismus in Athen. Foto: Christian Rathner

Kollegen. Jedes Gefühl von Sicherheit schwindet. Die Gewissheit, jederzeit gekündigt werden zu können, verdunkelt die Aussicht und verunmöglicht jegliche Lebensplanung. „Vor einem Jahr waren vier meiner Freunde arbeitslos, heuer sind es zehn“, berichtet eine Mitarbeiterin einer Anwaltskanzlei. In einem solchen Umfeld fällt es schwer, auf eigene Rechte zu pochen. Wer könnte auf die Auszahlung von Überstunden beharren, wenn Hunderttausende nicht einmal ihr Grundgehalt regelmäßig bekommen und oft Monate lang darauf warten müssen? In Zeiten exorbitanter Arbeitslosigkeit ist jeder und jede leicht ersetzbar. Löhne und Gehälter sind massiv gesunken. Etwa 40 Prozent beträgt der durchschnittliche Einkommensverlust. Und die Schere schneidet von zwei Seiten: Massive Steuererhöhungen senken die Kaufkraft zusätzlich. Besonders schmerzhaft ist die neue Steuer auf Häuser und Wohnungen. Griechinnen und Griechen waren bisher gewohnt, Immobilien zu erwerben – als Starthilfe für die nächste Generation, aber auch als Sicherheit für die Altersversorgung. Denn mit ausreichend hohen Pensionen konnten nur wenige rechnen. Nun sind die Behausungen zu einem weiteren Kostenfaktor geworden. Eine Übersetzerin, die in der Krise kaum noch Aufträge bekommt, berichtet, für das Jahr 2012 hätten die Steuerforderungen ihr Bruttoeinkommen überstiegen. Und das ist kein Einzelfall: Viele Menschen erzählen, sie müssten sich entscheiden, ob sie ihre Steuern zahlen oder das Notwendigste zum Leben kaufen. Seit einigen Monaten kursiert ein Bonmot: Vor der Krise habe nach einem Streit zwischen Vater und Sohn oder Tochter der Vater mit Enterbung gedroht. Jetzt laute die Drohung umgekehrt: „Wenn du so weitermachst, vererbe ich dir das Haus!“

Griechenland kennt weder Mindestsicherung noch Sozialhilfe. Nach dem Auslaufen der Arbeitslosenunterstützung (maximal ein Jahr) gibt es für die Betroffenen keinerlei staatliche Unterstützung. Sie verlieren auch die Krankenversicherung und damit den Zugang zum Gesundheitssystem. Wer unter diesen Umständen überleben will, ist auf Unterstützung durch seine Mitmenschen angewiesen.

### **Familie als Rettungsanker**

Die Krise ist eine Bewährungsprobe für die Familien. Hunderttausende verlassen ihre Wohnungen und ziehen zurück zu ihren Eltern. Auch eine Bewegung von der Stadt aufs Land ist feststellbar: Söhne und Töchter kehren zurück und arbeiten in der elterlichen Landwirtschaft mit. Alte und pflegebedürftige Menschen werden aus den Betreuungseinrichtungen wieder nach Hause geholt. Allerdings ist diese Entwicklung

alles andere als unproblematisch. Auch in Griechenland hat sich – vor allem in den Städten – im Zuge der Modernisierung eine Entwicklung von der Groß- zur Kleinfamilie vollzogen. Das Zusammenleben mehrerer Generationen ist nicht mehr die Norm und keineswegs konfliktfrei. Auf der Großelterngeneration lastet schwerer ökonomischer Druck. Da auch ihre Pensionen massiv gekürzt wurden, müssen viele von ihnen auf Ersparnis zurückgreifen, um den Alltag zu bewältigen. Jedes Kind, das arbeitslos in das Elternhaus zurückkehrt, verschärft die finanzielle Lage. Dennoch: Die Familie ist für viele der letzte Rettungsanker.

### **Die Kirche hilft**

Aber auch über familiäre Netze hinaus wächst in Griechenland die Solidarität. Die griechisch-orthodoxe Kirche hat rasch reagiert und gibt in ihren Pfarren täglich etwa zehntausend warme Mahlzeiten aus. Ihre karitative Hilfsorganisation „Apostoli“ stellt in den Supermärkten Spendenkörbe auf und verteilt über Sozialmärkte tonnenweise Nahrungsmittel an Bedürftige. Auch Familien von Kindern, die in der Schule vor Hunger ohnmächtig werden, bekommen Lebensmittelpakete. „Apostoli“ sammelt auch Medikamente und betreibt, gemeinsam mit der Athener Ärztekammer, eine große Sozialklinik, in der Menschen ohne Krankenversicherung wenigstens eine Basisversorgung erhalten. „Wir müssen verhindern, dass aus der Krise eine humanitäre Katastrophe wird“, sagt Ärztekammer-Chef Giorgos Patoulis.

Die Kirche steht in ihrem Bemühen nicht allein da. Hunderte Stadtgemeinden, Privatinitiativen oder einfach Nachbarinnen und Nachbarn geben, was sie können, um zu verhindern, dass Menschen hungern oder in ihren kalten Wohnungen frieren. „Klimaka“, eine Organisation, die obdachlose Menschen betreut, sieht sich zur Zeit mit einem großen Ansturm konfrontiert. Tausende verlieren ihre Wohnungen und leben – ein vor der Krise kaum wahrnehmbares Phänomen – auf den Straßen. Bei Klimaka erhalten sie, soweit die Mittel reichen, Essen und Übernachtungsmöglichkeiten, vor allem aber auch psychologische Betreuung, die ihnen hilft, sich in all dem Elend nicht selbst aufzugeben.

### **Solidarität für alle**

Besonders einflussreich sind Solidaritätsgruppen, die erst vor kurzem in ganz Griechenland entstanden sind. Sie haben ihre Wurzeln in der Platz-Besetzungsszene des Vorjahres. Als die mehrere Monate dauernde Besetzung des Syntagma-Platzes wie auch zentraler Plätze in anderen Städten von der Polizei beendet wurde, setzten Aktivistinnen und Aktivisten ihren Protest gegen die von der Troika verordnete Sparpo-



litik und ihre sozialen Folgen mit anderen Mitteln fort. Sie begannen in ihren Wohnvierteln, sich aktiv für den sozialen Zusammenhalt zu engagieren. Diese Gruppen finden bei einer zentralen Organisation namens „Solidarität für alle“ Unterstützung. „Solidarität für alle“ wird aus Politikergehältern finanziert. Abgeordnete der linken Oppositionspartei Syriza stellen zwanzig Prozent ihres Einkommens zur Verfügung, damit Büro und Gehälter bezahlt werden können.

Kris Giov, ein Sprecher der Organisation, legt Wert darauf, dass „Solidarität“ nicht mit Caritas oder „Charity“ verwechselt wird. Das Verteilen von Spenden an die Armen zementiere die Machtverhältnisse. Dagegen formuliert Kris pointiert: „Wir sind an Geld nicht interessiert.“ Das ist nun freilich etwas zu forsch gesagt, denn natürlich kann die Organisation Geld gut gebrauchen. Aber mehr als um Geld geht es um eine Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger. Sie sollen zusammenarbeiten, gemeinsame Strategien finden, sich involvieren. „Wenn jemand kommt und spenden möchte“, erzählt Kris Giov, „sagen wir ihm, welches Medikament gerade fehlt.“ Ein Einkauf in der Apotheke verlangt mehr persönliches Engagement als eine Banküberweisung.

Das Prinzip, sich selbst einzubringen und mit anderen in Kontakt mit zu treten, ist auch den Gruppen an der Basis wichtig. Tausende Menschen sind in ihnen engagiert.

In Kipseli, einem Stadtteil mit hohem Migrantenteil, ist die Gruppe „Mirmingi“ (Ameise) aktiv. Das Team ist groß; nur viele Menschen gemeinsam können es sich leisten, ein Gassenlokal zu mieten. Grundsätzlich wird zwischen Aktivistinnen und Aktivisten einerseits sowie Hilfsbedürftigen andererseits kein Unterschied gemacht. Alle sind zu den wöchentlichen Teamsitzungen eingeladen und entscheiden gemeinsam. Auch „Mirmingi“ sammelt Lebensmittel in Supermärkten. Allerdings nicht anonym. Man geht als Gruppe hin, spricht mit den Menschen, die zum Einkauf gekommen sind und bittet sie um das, was gebraucht wird: Nudeln oder Reis, Tomatenmark oder Babywindeln. Mirmingi hat bisher 600 Familien in



Zahnbehandlungsstuhl in einer Sozialklinik. Foto: Christian Rathner

Obhut. Jetzt überlegt man Strategien, wie man noch mehr Menschen ins Programm aufnehmen kann. Es wäre bitter nötig. Lina S. ist eine der Gründerinnen des Vereins. Erst durch den direkten Kontakt mit den Menschen, erzählt sie, werde man sich bewusst, wie groß die Not ist. Dabei ist sie – wie viele Mirmingi-Leute – auch selbst arbeitslos. In ihrem Beruf als Übersetzerin bekommt sie keine Aufträge mehr. Die Krise ist aus ihrer Sicht nicht etwas, das irgendwann vorübergehen wird. „Da wurde etwas angerichtet, was nicht mehr gutzumachen ist“, sagt sie. Es geht um Würde. Es geht um das Gefühl, keine Chance zu haben. „Nicht nur no future, sondern auch no presence“, sagt Lina. Trotzdem oder gerade deshalb engagiert sie sich, wo sie kann.

### Kreativer Widerstand gegen die Verhältnisse

Einige Sozialgruppen errichten Sozialkliniken mit kleinen Apotheken in Eigenregie. Wieder teilt sich eine große Gruppe von Menschen – über hundert sind es im Fall einer Sozialklinik im Zentrum Athens – die Mietkosten. Eine kleine Wohnung wird notdürftig als Arzt- und Zahnarztpraxis eingerichtet. Wer keine Krankenversicherung hat, kann sich hier, bei unentgeltlich ordinierenden Ärztinnen und Ärzten, behandeln lassen. Das Problem beginnt allerdings auf der zweiten Ebene, erzählt Alexandra N., eine der Managerinnen der Klinik. Wenn jemand weiterführende Untersuchungen oder eine Behandlung im Krankenhaus braucht, ist die Sozialklinik überfordert. Freunde in den entsprechenden Einrichtungen helfen mit legalen oder halblegalen Methoden mit, in dringenden

Fällen doch irgendwie eine Labor-Analyse oder eine Therapie zu organisieren. Einige Erfolge spornen an zum Weitermachen. Dennoch resümiert Alexandra nüchtern: „Wir sind ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die humanitäre Katastrophe ist längst im Gang.“

Kreativen Widerstand gegen die Verhältnisse leisten auch jene Gruppen, die sich um billige Lebensmittel für ihre Wohnviertel bemühen. Der Club „Ampariza“ in Galatsi wurde eigentlich als Kultureinrichtung gegründet. „Aber dann sahen wir, dass es zuerst ums Überleben geht“, sagt Stergios T., einer der Gründer. Das Team nimmt Kontakt zu Bauern und Lebensmittelproduzenten auf und vereinbart den Termin für einen Markttag. Dann verteilen Aktivistinnen und Aktivisten – von den Produzenten bezahlte – Flugblätter mit Bestelllisten. Am Markttag kommen die Produzenten mit der bestellten Ware. Sie ist bis zu vierzig oder fünfzig Prozent billiger, und dabei verdienen die Produzenten immer noch mehr als im Supermarkt. An sechs Markttagen wurden bei Ampariza etwa 250.000 Kilo Lebensmittel verkauft. Die Ersparnis betrug rund 300.000 Euro.

### Zukunft ohne Troika?

Stergios erklärt für seine Basisinitiative, was auch für die anderen gilt: Ihr Engagement ist nicht dazu da, zur Stabilität elender Verhältnisse beizutragen. Die Botschaft, die sie auch im Gespräch mit den Menschen kommunizieren, lautet: Diese Regierung muss weg, und mit ihr die Troika. Was geschieht, wenn der Traum in Erfüllung geht und Syriza die Zusammenarbeit mit der Troika aufkündigt, weiß niemand genau. Es ist ein Risiko, das viele gerne eingehen. „So kann es nicht weitergehen“, sagt Stergios.

Griechenland ist am Scheideweg. Schwere Zeiten stehen bevor. Wohin die Entwicklung führt, ist offen. „Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch“, schrieb Hölderlin. Hoffentlich wächst es schnell genug.

Wie immer die Sache ausgeht: die neu erwachte Solidarität ist ungeachtet aller politischen Gegensätze dabei, das Land zu verändern. „Wir haben gelernt, Verantwortung zu übernehmen“, sagt eine junge Frau. „Griechenland, das sind die Menschen. Griechenland, das sind wir selbst.“

*Christian Rathner*

## Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union

### Eine Darstellung anhand von ausgewählten Beispielländern<sup>1</sup>

#### Eine Krise – viele Probleme

Ein mittlerweile fast unausweichlich erscheinendes Wort, sobald man sich als Individuum in irgendeiner Form der Öffentlichkeit zuwendet – die Krise. Sei es in verschiedensten Arten von Medien, bei Treffen im privaten Freundeskreis, in der Arbeit oder auf öffentlichen Veranstaltungen. Sie begleitet uns überall hin. Vor allem aber werden wir durch ständige Meldungen verschiedenster Schwierigkeiten im Bezug auf wirtschaftliche Veränderungen an sie erinnert. Eine ganz spezielle Problemstellung wird bzw. ist dabei immer

wieder Thema: die Arbeitslosigkeit – allem voran die immer größer werdende Jugendarbeitslosigkeit. In den Medien hört man im Bezug auf dieses Thema häufig von neuen Rekordzahlen in den als „Krisenländern“ bezeichneten EU-Mitgliedsstaaten Griechenland und Spanien sowie auch Ungarn und Bulgarien. Im Gegensatz dazu wird Österreich als wirtschaftlich stabil und mit vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenzahlen dargestellt. Nachfolgend werden diese Länder hinsichtlich ihrer jeweiligen Jugendarbeitslosigkeit mittels spezieller Kennzahlen miteinander verglichen und es wird versucht, die teilweise sehr unterschiedlichen Zahlen und Fakten zu begründen und auch Konsequenzen für die Zukunft daraus zu ziehen.

#### NEETs, was ist das? – Fakten zur Jugendarbeitslosigkeit

Jugendarbeitslosigkeit kann viele verschiedene Gründe haben. Um diese erklären bzw. verstehen zu können, ist es zuvor jedoch wichtig, überhaupt zu wissen, wie sie zustande kommt und auf welchen Fakten und Zahlen sie beruht. Die Europäische Union stellt auf ihrer offiziellen Statistik-Website EUROSTAT hierzu drei

<sup>1</sup> Der Artikel basiert auf einer im Rahmen der Lehrveranstaltung „Politische Institutionen in Europa“ (Leitung: Walter Wolf) erstellten Seminararbeit.

Hauptpunkte, sogenannte Indikatoren der Jugendarbeitslosigkeit, dar. Die „NEETs“, die „Early School Leavers-Rate“ und die „Jugendarbeitslosigkeits-Quote“.

NEET ist die Abkürzung für „Not in Employment, Education or Training“. Es geht also bei der Erfassung dieser Zahlen um junge Menschen, welche sich weder in einem Beschäftigungsverhältnis noch in irgendeiner Ausbildung oder in einem anderweitigen (staatlich geförderten) Trainingsprogramm befinden. Neben teilweise divergierenden Altersdefinitionen der NEET-Kennzahl in den einzelnen Mitgliedsstaaten (bspw. 15 bis 29 Jahre) liegt die EU- und Eurostat-Definition bei einem Alter von 15 bis 24 Jahren.

Die disproportionale Auswirkung der Rezession bzw. der allgemeinen Wirtschaftskrise auf die einzelnen Staaten war der Hauptanlasspunkt, um diesen Terminus im Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit mit zu berücksichtigen. EU-weit sind über 48 Prozent aller jugendlichen Arbeitslosen NEETs, was einer Zahl von über 14 Millionen jungen Menschen zwischen 15 und 29 Jahren entspricht.

Wie man in Abbildung 1 deutlich erkennen kann, sind die NEET-Raten in den dargestellten EU-Mitgliedsstaaten teilweise sehr unterschiedlich. Gemäß der relativ niedrigen Jugendarbeitslosigkeit in Österreich ist hier auch der Anteil an NEETs sehr gering, wohingegen in den anderen dargestellten Staaten diese Raten eindeutig höher sind. Sowohl Ungarn, Spanien und Griechenland als auch der EU 27-Durchschnitt weisen zudem einen leichten Anstieg der NEET-Rate von 2010 bis 2012 auf.

Ein weiterer wichtiger Indikator für die Jugendarbeitslosigkeit ist die „Early School Leavers“-Rate, die frühzeitige BildungsabbrecherInnen-Rate. Diese entspricht dem Anteil an Jugendlichen, welche frühzeitig ihre (Schul-)Ausbildung abgebrochen haben. Hierbei

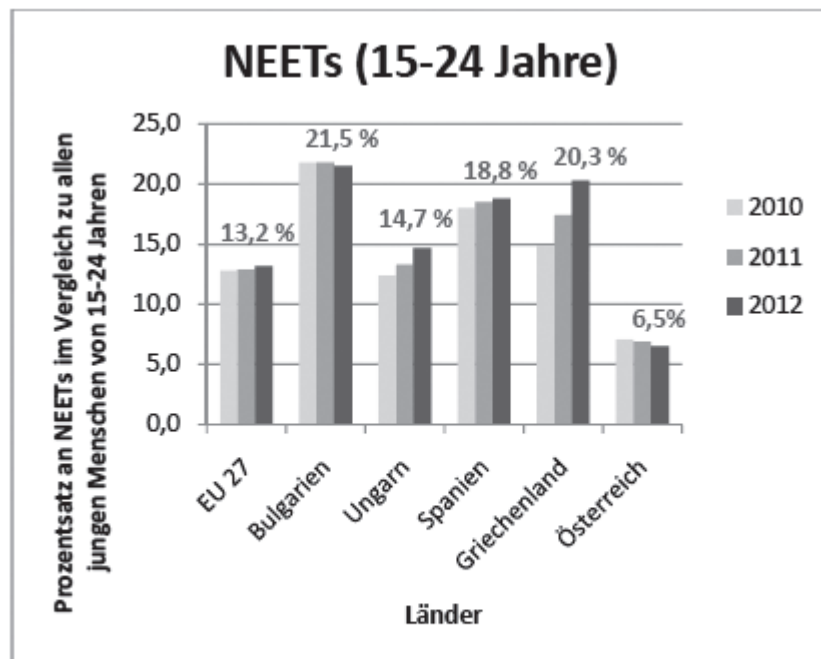


Abbildung 1

In Anlehnung an: Eurostat (2013).

werden junge Erwachsene von 18 bis 24 Jahren mit einbezogen, deren höchstes Ausbildungslevel nach ISCED (Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen) der „Sekundarbereich I bzw. II“ ist, welcher maximal einem Abschluss der Schulpflicht entspricht. Am Beispiel Österreich würde dies eine Fortführung der Volksschule bedeuten, also den Besuch einer Hauptschule, Mittelschule bzw. einer daran anknüpfenden einjährigen polytechnischen Lehranstalt oder eines Unterstufengymnasiums. Somit ist hier maximal die Erfüllung der 9-jährigen Schulpflicht gegeben. In Abbildung 2 (S. 28) ist erkennbar, dass in den meisten Mitgliedsstaaten noch einiges an strukturellen Veränderungen herbeigeführt werden sollte, um die EU-Zielvorgaben bis zum Jahr 2020 erreichen zu können. Trotzdem ist anzumerken, dass auch, wenn die Ziele noch nicht erreicht sind, ein Rückgang der Early School Leavers-Rate in allen dargestellten Ländern zu verzeichnen ist.

Der dritte europaweit gemessene Indikator im Bezug auf Jugendarbeitslosigkeit ist die Jugendarbeitslosigkeits-Quote. Hier gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten der Berechnung. Zum einen gibt es die Methode, den Prozentsatz an 15 bis 24 Jahre alten Jugendlichen, der sich momentan nicht in einem Arbeitsverhältnis befindet, im Vergleich zur gesamten Erwerbsbevölkerung in diesem Alter zu berechnen.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, den Prozentsatz an den 15 bis 24 Jahre alten Jugendlichen, die in Relation zu allen gleichaltrigen Jugendlichen tatsächlich erwerbslos, also auf Arbeitssuche sind, auszurechnen. Dabei wird im Gegensatz zur ersten Methode eine Verzerrung der tatsächlichen Jugendarbeitslosigkeitszahlen verhindert, da der Anteil der erwerbslosen Jugendlichen wie beschrieben an gleichaltrigen Jugendlichen gemessen wird. Daneben wird eine Verzerrung auch vermieden, indem hierbei StudentInnen, SchülerInnen oder andere sich in (beruflicher) Ausbildung befindliche junge Menschen, die gar nicht auf Arbeitssuche sind, eben nicht zu den jugendlichen Arbeitslosen hinzugezählt werden.<sup>2</sup>

Abbildung 3 (S. 29) zeigt die nach der hier erläuterten zweiten Methode berechneten Jugendarbeitslosigkeitszahlen im Länder- sowie im Jahresvergleich. Dadurch wird deutlich, dass in allen Beispielländern der Anteil an arbeitslosen Jugendlichen ansteigt.

### Aber warum? – Jugendarbeitslosigkeit und ihre Hintergründe

Nach der Darstellung der wichtigen Indikatoren bezüglich der europaweit relativ hohen bzw. vor allem ansteigenden Jugendarbeitslosigkeit steht naturgemäß die Frage im Raum, warum diese (zum Teil) trotz der von der öffentlichen Hand propagierten Hilfsprogramme für EU-Mitgliedsstaaten mit finanziellen Problemen nicht zu sinken beginnt. Die Gründe hierfür sind sehr vielfältig.

Die Ursachen für hohe NEET- und frühzeitige BildungsabbrecherInnen-Raten sind europaweit meist dieselben. Ein geringes Bildungsniveau, Migration, Scheidung der Eltern, Arbeitslosigkeit, ein geringes

<sup>2</sup> Eine weitere Abwandlung dieser Berechnungsmethoden wäre, bei der Grundgesamtheit und auch bei den anteiligen Erwerbslosenzahlen der ersten als auch der zweiten Möglichkeit Studierende nicht zu berücksichtigen. Da dies aber ebenfalls ein nicht realitätsgetreues Abbild hervorbringen würde, werden diese Möglichkeiten hier nicht herangezogen.

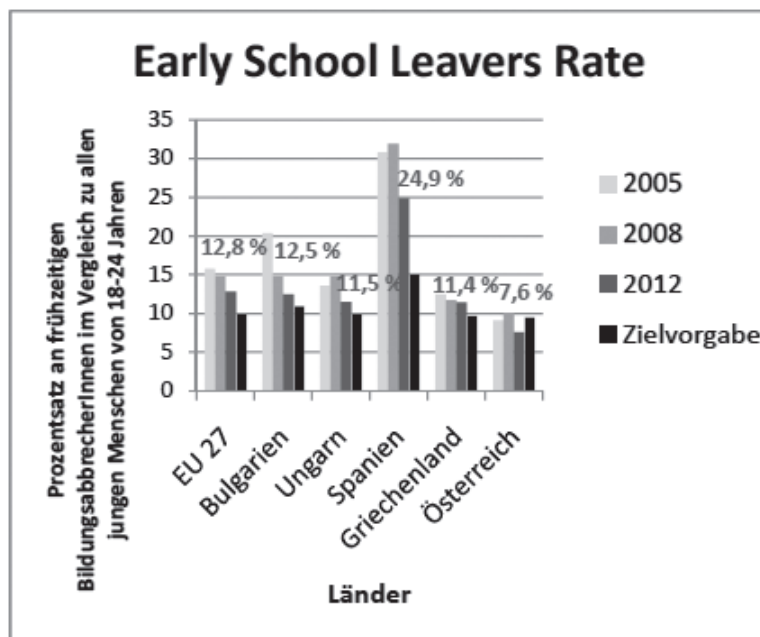


Abbildung 2  
In Anlehnung an: Eurostat (2013).

Haushaltseinkommen, das Leben in sehr abgelegenen und wirtschaftlich schwachen Gebieten sowie körperliche und geistige Benachteiligungen lassen diese Raten ansteigen.

Zudem ist natürlich die „Krise“, die immer wieder in aller Munde ist, ebenso ein Hauptgrund für steigende bzw. hohe Jugendarbeitslosigkeitszahlen. Nicht nur innerhalb der Europäischen Union, sondern weltweit herrscht der Trend vor, dass Arbeitsplätze weniger stabil werden und sich Anforderungsprofile für Jobs stark verändern. Dies zeigt vor allem, dass eine EU-Mitgliedschaft für einen europäischen Staat nicht das (einzige) Problem im Bezug auf Arbeitslosigkeit ist. Vielmehr ist hier der Hintergrund der Globalisierung zu sehen, welcher auch unabhängig von der EU den weltweiten Arbeitsmarkt sehr stark verändert hat und noch weiterhin verändern wird.

Historisch bedingte Probleme einzelner Staaten können ebenso zu arbeitsmarktpolitischen Problematiken beitragen. Man sehe in diesem Zusammenhang bspw. die Ära der Franco-Diktatur in Spanien, in der die Zahl der frühzeitigen SchulabbrecherInnen und somit der Anteil einer (aus-)bildungsschwächeren Bevölkerungsschicht stark stieg, oder die Roma-Migrations-Problematik in Bulgarien und Ungarn; Phänomene, die bis heute Auswirkungen auf die Arbeitsmarkt-Situation in diesen Ländern haben.

Im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union sind niedrige Absorptionsquoten, also der Anteil an EU-Geldmitteln für ein Land, welche tatsächlich ihrem Zweck entsprechend zugeführt wurden, und eine zu langsame Umsetzung von wichtigen strukturellen Veränderungen (bspw. Adaption von nationalen Bildungssystemen) in den einzelnen Mitgliedsstaaten ebenfalls mögliche Gründe für eine steigende Jugendarbeitslosigkeit.

### Jugendarbeitslosigkeit – Konsequenzen und mögliche Auswege

Genauso wie die Ursachen und Hintergründe für die entstandene und entstehende Jugendarbeitslosigkeit sind auch die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen vielfältig.

Zum einen ergeben sich daraus individuelle und kollektive wirtschaftliche Schwierigkeiten. So bringt Arbeitslosigkeit für die Betroffenen eine erschwerte finanzielle Situation mit sich. Eine immer stärker ansteigende Arbeitslosenquote bringt jedoch auch monetäre Probleme für einen ganzen Staat bzw. für die gesamte Europäische Union mit sich. Schrumpfende Bruttoinlandsprodukte und daraus entstehende soziale sowie ökonomische Kosten sind die Folgen davon.

Zum anderen ist aus dieser Situation heraus, wie man auch immer wieder aus den verschiedensten Medien vernehmen kann, eine „lost generation“, also eine verlorene Generation entstanden. Es gibt innerhalb der EU teilweise sehr gut ausgebildete junge Menschen, welche trotz ihres Bildungsstands aufgrund der wirtschaftlichen Lage ihres Herkunftslandes keine oder nur sehr wenige Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die persönliche Konsequenz, die aus unzähligen Bewerbungsabsagen oder Entlassungen gezogen wird, ist oftmals Resignation. Die Aussichtslosigkeit einer Generation, die gut (aus-)gebildet ist und zur wirtschaftlichen Stärkung ihrer Region sehr viel beitragen könnte, birgt die Tatsache, dass der gesamten Europäischen Union dadurch sehr viel individuelles, ökonomisches und soziales Potential verloren geht. Es stellt sich jedoch die Frage, ob gerade dieser Verlust in der aktuellen internationalen Wettbewerbssituation und der wirtschaftlichen Kräfteverschiebung für die EU leistbar ist.

Ein weiterer wichtiger Punkt im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit sind die sogenannten „skill mismatches“. Europaweit wird der Anteil an jungen Menschen immer größer, welche nicht erfolgreich am Arbeitsmarkt integriert werden können, da ihre Ausbildung nicht den Anforderungen der Wirtschaft entspricht. Um dieser Ursache der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzutreten zu können, sind nicht nur die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern vor allem grundsätzliche Strukturreformen im Bildungsbereich notwendig.

Ein Lösungsansatz im Zusammenhang mit Jugendarbeitslosigkeit, vor allem im Bezug auf die soeben angesprochenen „skill mismatches“, sind sogenannte „VET programs“, also „Vocational Education and Training programs“, zu Deutsch „Berufsausbildungs- und Schulungsprogramme“. Die europäische Kommission forciert hier einen dem österreichischen und deutschen Lehrlingsausbildungs-System ähnlichen Weg, bei welchem es darum geht, eine nach der Pflichtschulzeit nicht nur auf schulische Ausbildung basierende Weiterbildung zu ermöglichen. Fokussiert wird eher, neben wichtigen theoretischen Inputs Praxiszeiten zu ermöglichen, in denen Auszubildende am Arbeitsplatz anwendungsorientiert lernen können, um so einen einfacheren Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen und vor allem zu vermeiden, dass Ausbildungen vorbei an den tatsächlichen Anforderungen und somit vorbei an der wirtschaftlichen Realität angeboten werden.



Abbildung 3

In Anlehnung an: Eurostat (2013).

## Ausblick

Nach der Darlegung der Probleme, Hintergründe und auch bereits eingetretener Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit in der EU bleibt nur noch eines – die Zukunft. Umgestaltungen in vielen Bereichen erscheinen unausweichlich, um die aktuelle Situation am Arbeitsmarkt positiv verändern zu können. Die EU versucht intensiv, diesen Problemen entgegenzutreten, unter anderem mit den „EU 2020 Zielen“, welche viele Maßnahmen rund um ein Beschäftigungspaket beinhalten.

Konkret gibt es natürlich viele Möglichkeiten, die umgesetzt werden können. Seien es die angesprochenen „VET programs“ oder auch die Unterstützung von individueller Mobilität innerhalb der gesamten EU, um regionalen Arbeitsmarktproblemen beikommen zu können. Auch in diesem Artikel bereits angesprochene strukturelle Veränderungen in unterschiedlichen Bereichen erscheinen unabdingbar. Beispielsweise gilt es, solide, kohärente demokratische Systeme in einzelnen Regionen zu schaffen, um die EU-Absorptionsquoten zu erhöhen und somit eine höhere positive Auswirkung der EU-Fördergelder in den einzelnen Staaten zu garantieren. Und so wäre es durchaus auch möglich, interstaatlich in verschiedensten Bereichen, allem voran im Bildungssektor, voneinander zu lernen und zu profitieren, um langfristige, wirtschaftlich positive Veränderungen für die gesamte Bevölkerung der EU herbeizuführen.

Viktoria Hauder

## Quellen

European Monitoring Center on Change – EMCC (2013):

<http://www.eurofound.europa.eu/emcc/labourmarket/youth.htm> (dl: 25.05.2013).

Eurostat (2013):

Glossar: Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED). [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics\\_explained/index.php/Glossary:International\\_standard\\_classification\\_of\\_education\\_%28ISCED%29/de](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Glossary:International_standard_classification_of_education_%28ISCED%29/de) (dl: 25.05.2013).

Abbildung 1: Young people not in employment and not in any education and training, by age and sex (NEET rates). [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?query=BOOKMARK\\_DS-142917\\_QID\\_3AECCBD7\\_UID\\_-3F171EB0&layout=TIME,C,X,0;GEO,L,Y,0;SEX,L,Z,0;AGE,L,Z,1;WSTATUS,L,Z,2;INDICATORS,C,Z,3;&zSelection=DS-142917AGE,Y15-24;DS-142917WSTATUS,NEMP;DS-142917INDICATORS,OBS\\_FLAG;DS-142917SEX,T;&rankName1=WSTATUS\\_1\\_2\\_-1\\_2&rankName2=AGE\\_1\\_2\\_-1\\_2&rankName3=SEX\\_1\\_2\\_-1\\_2&rankName4=TIME\\_1\\_0\\_0&rankName5=INDICATORS\\_1\\_2\\_-1\\_2](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?query=BOOKMARK_DS-142917_QID_3AECCBD7_UID_-3F171EB0&layout=TIME,C,X,0;GEO,L,Y,0;SEX,L,Z,0;AGE,L,Z,1;WSTATUS,L,Z,2;INDICATORS,C,Z,3;&zSelection=DS-142917AGE,Y15-24;DS-142917WSTATUS,NEMP;DS-142917INDICATORS,OBS_FLAG;DS-142917SEX,T;&rankName1=WSTATUS_1_2_-1_2&rankName2=AGE_1_2_-1_2&rankName3=SEX_1_2_-1_2&rankName4=TIME_1_0_0&rankName5=INDICATORS_1_2_-1_2)

6=GEO\_1\_2\_0\_1&sortR=CUSTOM\_-1\_FIRST&pprRK=FIRST&pprSO=CUSTOM&ppcRK=FIRST&ppcSO=ASC&sortC=ASC\_-1\_FIRST&rStp=&cStp=&rDCh=&cDCh=&rDM=true&cDM=true&footnes=false&empty=false&wai=false&time\_mode=ROLLING&lang=EN (dl: 30.05.2013).

Abbildung 2: Early leavers from education and training by sex. [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=0&language=en&pcode=t2020\\_40](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=0&language=en&pcode=t2020_40) (dl: 30.05.2013).

Abbildung 3: Unemployment statistics. [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics\\_explained/index.php/Unemployment\\_statistics](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Unemployment_statistics) (dl: 30.05.2013).

European Commission (2013):

Early School Leaving. [http://ec.europa.eu/education/school-education/leaving\\_en.htm](http://ec.europa.eu/education/school-education/leaving_en.htm) (dl: 01.06.2013).

Employment and Social Developments in Europe 2012. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=en&pubId=7315> (dl: 05.06.2013).

Europäische Beschäftigungsstrategie. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=101&langId=de> (dl: 30.05.2013).

European Union Press Release Data Base (2012): Progress in reducing early school leaving and increasing graduates in Europe, but more efforts needed. [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-12-577\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-577_en.htm) (dl: 02.06.2013).

University of Salamanca (2012): Early School Leaving in Spain: Evolution, Intensity and Determinants. [http://web.usal.es/~janton/Files/Docs/EFM%20et%20a1%20\(forthcoming%202012\)%20EJE.pdf](http://web.usal.es/~janton/Files/Docs/EFM%20et%20a1%20(forthcoming%202012)%20EJE.pdf) (dl: 05.06.2013).

## Broschüren der Volksanwaltschaft

*Um die Arbeit der Volksanwaltschaft für alle zugänglich zu machen, hat diese die „Leicht Lesen Broschüre – Menschenrechtshaus der Republik“ herausgegeben. Die Broschüre informiert über die Arbeit der Volksanwaltschaft als Nationale Menschenrechtsinstitution und legt die Bedeutung der Menschenrechte dar. Beschrieben wird außerdem die Arbeit der Kommissionen der Volksanwaltschaft und wie diese die Einhaltung der Menschenrechte kontrollieren. Die Volksanwaltschaft hat damit bereits die zweite Leicht Lesen Broschüre herausgegeben. Die erste Broschüre „So arbeitet die Volksanwaltschaft“ informiert über die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Organisation der Volksanwaltschaft sowie darüber, wie ein Prüfverfahren im Detail aussieht.*

Gratis-Bestellmöglichkeit unter:  
[presse@volksanw.gv.at](mailto:presse@volksanw.gv.at)

## Schattenfinanzplätze boomen weiter

**Korruption, Geldwäsche, Insiderhandel, Steuerhinterziehung und Steuerflucht – das sind die Folgen eines immer noch größtenteils intransparenten globalen Finanzsystems. Der nunmehr zum dritten Mal veröffentlichte Schattenfinanzindex (FSI) des internationalen Tax Justice Network belegt, dass die Schattenfinanzwirtschaft weiter boomt. Der Index ist die weltweit größte Untersuchung dieser Art und listet 82 Finanzzentren nach dem Grad ihrer Geheimhaltung und ihrem Anteil am Weltmarkt für grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen auf.**

Strenge Bankgeheimnisse, intransparente Eigentümerstrukturen bei Trusts, Treuhandschaften oder Stiftungen sowie mangelnde Kooperation der Behörden kennzeichnen weiterhin die schwarzen Löcher im internationalen Finanzsystem. „Trotz wachsender öffentlicher Kritik und verbesserter Bemühungen (1) der G20, der EU oder der OECD sind wir Lichtjahre von effektiven Lösungen entfernt. Hunderte Milliarden Dollar für öffentliche Leistungen gehen den Staaten jährlich durch Schattenfinanzplätze verloren (2)“, erklärte FSI-Forschungsleiter Markus Meinzer vom Tax Justice Network anlässlich der Veröffentlichung des Index am 7. November.

13 der Top 21-Länder des Index sind OECD-Staaten oder von einem Mitglied abhängige oder kontrollierte Gebiete. Es liege also nicht nur an den „üblichen Verdächtigen“ in der Karibik, die Probleme zu lösen, sondern vor allem an den politisch mächtigsten Staaten, kritisiert das Netzwerk.

„Zwischen den Ankündigungen der OECD-Länder und deren tatsächlicher Umsetzung klafft noch immer eine riesige Lücke“, kritisierte Martina Neuwirth vom Wiener Institut für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (VIDC). „Der automatische Informationsaustausch ist nicht einmal innerhalb der EU allgemeiner Standard. Die Begünstigten von Stiftungen, Trusts und (Schein-)Unternehmen werden in den meisten Ländern in keinen öffentlichen Registern aufgeführt. Nach wie vor dominiert Steuerwettbewerb

statt Steuerkooperation. Aber im Kampf gegen Steuerflucht, Geldwäsche und Korruption braucht es eine effektive internationale Zusammenarbeit zwischen Justiz- und Steuerbehörden.“

David Walch von Attac Österreich erklärte: „Wie so oft ist die Lösung des Problems nicht nur eine Frage von Expertise und guten Vorschlägen, sondern von öffentlichem Druck. Denn keine Gruppe ist reicher und einflussreicher als die Profiteure und Beschützer dieses Systems. Jede Regulierung ist daher gleichzeitig ein Test für unsere Demokratien.“

### Großbritannien ist „versteckte“ Nummer Eins

An den ersten beiden Stellen des FSI liegen die Schweiz und Luxemburg. Trotz Verbesserungen – etwa beim Bankgeheimnis insbesondere gegenüber den USA – ist die topplatzierte Schweiz weiterhin Speerspitze gegen internationale Bemühungen für mehr Transparenz. Auf Platz zwei liegt Luxemburg, das mit einem Mix aus Geheimhaltung, Steuerschlupflöchern und schwacher Finanzregulierung eine riesige Offshore-Finanzdienstleistungsbranche bedient.

Großbritannien liegt zwar nur auf Platz 21 des Rankings, ist jedoch dem Tax Justice Network zufolge die „versteckte Nummer Eins“ der Schattenfinanzwelt. Argumentiert wird dies damit dass die City of London ein Netz von Steueroasen auf der ganzen Welt unterstütze und kontrolliere, unter anderem die Cayman Islands, Jersey, Bermuda und Guernsey. Dieses Netz würde zusammengenommen unangefochten Platz Eins einnehmen (3). Hong Kong und Singapur liegen auf Platz 3 und 5 des Index, gefolgt von den USA und dem „Aufsteiger“ Libanon. Bemerkenswert ist auch der 8. Platz Deutschlands, verursacht größtenteils durch den mangelhaften Austausch steuerrelevanter Informationen und der großen Bedeutung als Finanzplatz.

### Österreich hält weiter am Bankgeheimnis fest

Österreich liegt im Ranking auf dem 18. Platz. Es erfüllt nur eine von fünfzehn Transparenz-Anforderungen des Tax Justice Networks vollständig, fünf gar nicht und neun nur teilweise. Österreich ist eines von zwei EU-Ländern, die weiterhin am Bankgeheimnis festhalten und nicht am automatischen Informationsaustausch in der EU teilnehmen. Damit behindere die österreichische Regierung weiterhin das Verfolgen von aus- und inländischen SteuerbetrügerInnen, heißt es in der Aussendung. Zudem kooperiere Österreich mit der Schweiz und Luxemburg, um weitere internationale Fortschritte in dieser Frage zu blockieren. Österreich dürfe dem automatischen Informationsaustausch und der Verbesserung der EU-

### Schattenfinanzindex – Top 15

Rang	Staat
1	Schweiz
2	Luxemburg
3	Hongkong
4	Cayman Islands
5	Singapur
6	USA
7	Libanon
8	Deutschland
9	Jersey
10	Japan
11	Panama
12	Malaysia
13	Bahrain
14	Bermuda
15	Guernsey

Quelle: tax justice network

Zinssteuer-Richtlinie (4) nicht länger im Weg stehen. Das Bankgeheimnis müsse abgeschafft und ein zentrales Bankkonten-Register geschaffen werden, fordert Martina Neuwirth: „Damit hätten aus- und inländische Steuer- und Justizbehörden endlich wirksame Instrumente zur Betrugsbekämpfung in der Hand.“

Der Schattenfinanzbericht kritisiert außerdem, dass die wirtschaftlichen Begünstigten von Stiftungen, Trusts/Treuhandvereinbarungen und Unternehmen nicht immer bekannt sind. Selbst dort, wo öffentliche Register existieren, erschweren Kosten den Zugang. Überhaupt nicht registriert werden müssen ausländische Trusts, deren österreichische TreuhänderInnen sowie Treuhandschaften ohne beteiligte NotarInnen oder AnwältInnen. Die Regierung kritisiere zwar zu Recht anonyme Trusts und Briefkastenfirmen auf den britischen Kanalinseln oder den Cayman Islands, sei aber selbst nicht bereit, hier völlige Transparenz herzustellen, kritisierte David Walch.

Ebenso fehlten EU-weit verbindliche Transparenzregeln für alle international tätigen Unternehmen, damit diese ihre Gewinne und Steuerzahlungen länderweise ausweisen. Das würde Ländern außerhalb der EU, insbesondere Entwicklungsländern, ebenfalls zugute kommen. Solche Regeln soll es in der EU ab 2015 immerhin für Banken und Unternehmen im Rohstoff- sowie Tropenholzbereich geben.

### Auch Verbesserungen

Das Tax Justice Network registriert jedoch auch einige Verbesserungen in Österreich: Am wichtigsten ist dabei die im Mai 2013 unterzeichnete Konvention des Europarates/der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen, welche allerdings noch nicht ratifiziert wurde. Und seit 2011 müssen Stiftungen den Steuerbehörden die Identität jedes/jeder nicht in der Stiftungsurkunde genannten Begünstigten offenlegen. Das gilt auch für vor 2011 gegründete Stiftungen.

Quelle: Pressemitteilung von Tax Justice Network, Attac, VIDC, 07.11.2013.

Das komplette Ranking mit Details zu den Top Ten findet man unter: [http://www.attac.at/uploads/media/Schattenfinanzindex\\_2013\\_Das\\_Ranking.pdf](http://www.attac.at/uploads/media/Schattenfinanzindex_2013_Das_Ranking.pdf)

### Anmerkungen

(1) Die G-20 haben 2013 beschlossen, den automatischen Informationsaustausch der Steuerbehörden (AIA) als globalen Standard umsetzen zu wollen. Mehr und mehr Länder treten der multilateralen Konvention des Europäischen Rats/der OECD bei, welche die gegenseitige Amtshilfe in Steuerangelegenheiten regelt. Auch die EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie und der „Foreign Account Tax Compliance Act“ (FATCA) der USA machen Fortschritte – leichte Verbesserungen gibt es auch bei den Offenlegungspflichten für Konzerne in der EU.

(2) Eine 2012 publizierte Studie des Tax Justice Networks zeigt, dass 21 bis 32 Billionen Dollar an privatem Finanzvermögen offshore gehalten werden. 7 bis 9 Billionen Dollar davon stammen aus sog. Entwicklungsländern. Die Weltbank schätzt, dass bis zu 1,6 Billionen US-Dollar jährlich illegitim über Grenzen hinweg verschoben werden. Nach Angaben des Tax Justice Networks entgehen den Staaten jährlich ungefähr 250 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen, weil reiche Personen und Unternehmen Vermögen ins Ausland transferieren. Laut Berechnungen der Afrikanischen Entwicklungsbank und Global Financial Integrity verließen 1,4 Billionen Dollar an Kapital seit 1980 den afrikanischen Kontinent, meist handelt es sich um illegale Abflüsse, die nie versteuert wurden.

(3) Siehe: The British Connection: <http://www.financialscreecyindex.com/faq/britishconnection> (ab 7.11.2013)

(4) Die EU Zinsrichtlinie trat 2005 in Kraft und sieht vor, dass EU-Mitgliedsstaaten einander automatisch Auskünfte über Zinszahlungen an ausländische Zahlungsempfänger erteilen (ausgenommen Österreich und Luxemburg). Die EU-Kommission möchte die Anwendung auf Veräußerungsgewinne, Lizenzen und Dividenden ausweiten. Österreich will jedoch erst das Ergebnis der EU-Verhandlungen mit Drittstaaten wie der Schweiz, Liechtenstein oder Monaco abwarten, ehe es dieser Reform der Richtlinie zustimmt.



## Auswirkungen der Sparpolitik in Griechenland

Seit dem Ausbruch der Eurokrise im Jahr 2009 vergeht kaum eine Woche, in der nicht über die Griechen und deren dramatische Verschuldung berichtet wird. Die Schuldzuschreibungen für die mehr als schwierige budgetäre Lage sind i.d.R. recht eindimensional und weitgehend einhellig: Allorts tönt es, dass „die“ Griechen und Griechinnen wohl selber schuld seien, sie hätten halt über ihre Verhältnisse gelebt und müssten konsequenterweise den Gürtel nun enger schnallen. Was auf den ersten Blick plausibel erscheint, nämlich, dass angesichts der leeren Kassen und der drohenden Zahlungsunfähigkeit Ausgaben gesenkt und Einnahmen erhöht werden müssen und dass die strikten Vorgaben der sog. Troika (EZB, IWF, EU-Kommission) diesbezüglich kaum Spielräume ermöglichen, geht mit verheerenden individuellen Auswirkungen einher.

Hier setzt das Buch von Christian Rathner, Mitarbeiter der Hauptabteilung Religion im ORF, an, der sich auf eine Spurensuche jenseits abstrakter Zahlen und Statistiken macht. Betroffen sind nicht nur sozial Schwache, auch die Mittelschicht kann den Spagat von sinkenden Einkommen und wachsenden Ausgaben kaum mehr bewältigen. Beamte werden entlassen, Pensionen sukzessive gekürzt, 13. und 14. Monatsgehälter werden gestrichen und Mindestlöhne von 750 auf weniger als 600 Euro gesenkt, Rechte von ArbeitnehmerInnen werden ausgehöhlt. Mehr als ein Viertel aller Griechen und Griechinnen sind mittlerweile ohne Job und nicht wenige haben überhaupt keinen Anspruch auf arbeitslosigkeitsbedingte Kompensationsleistungen mehr. Der Zugang zur medizinischen Versorgung ist nicht nur für Erwerbsarbeitslose zu kostspielig geworden.

Im Mittelpunkt der Analysen und mit anschaulichen Bildern unterlegten Berichte stehen die Menschen in Griechenland, deren Lebensumstände sich in den letzten fünf Jahren nachhaltig verschlechtert haben. Sie kommen ausgiebig zu Wort, lassen uns an ihrem Schicksal teilhaben und führen uns gleichermaßen vor Augen, dass erstens die griechische Krise nicht primär hausgemacht ist und zweitens die derzeitige Krisen-Rezeptur der Troika zu einer sozialen Abwärtsspirale beigetragen hat, deren Ende nicht in Sicht ist. (cso)

*Christian Rathner:*

*Durch die Krise kommt keiner allein*

*Was Griechenland Europa lehrt*

*Styria premium 2013*

*198 Seiten, EUR 24,99*

## Zwischen Gleichstellungserfolgen und Antifeminismus

Im Jänner 2013 fand an der Johannes Kepler Universität Linz eine interdisziplinäre Tagung zum Thema „Zwischen Gleichstellungserfolgen und Antifeminismus: Zwiespältige Tendenzen in der Modernisierung der Geschlechterverhältnisse“ statt. Die Tagung war ein Kooperationsprojekt des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen, der Stabsabteilung für Gleichstellungspolitik sowie der Institute für Frauen- und Geschlechterforschung, Legal Gender Studies und Soziologie der JKU.

Ausgangspunkt war ein von den Akteurinnen und Akteuren empfundener Rückschritt bei der Gleichstellung von Frauen und Männern und eine wachsende Defensivhaltung gegenüber bisher erreichten gleichstellungspolitischen Zielsetzungen. Beispiele dafür sind die medial hochstilisierte Negation der Lohnschere, die Väter als Opfer einer Frauenpolitik, die Buben als Opfer einer feminisierten Schulpolitik oder Studierende als Opfer des „Genderwahns“. Dabei sprechen die Zahlen zur Gleichstellung – auch an der Universität – eine ganz andere Sprache. So sind etwa Frauen in den höheren Hierarchieebenen weitgehend unterrepräsentiert. In diesem Spannungsfeld formierten sich die Themen der einzelnen Vorträge und bot die Tagung Plattform für Diskurs, Aufklärung und sachliche Information aus den unterschiedlichsten Disziplinen und Blickwinkeln.

Der vorliegende Band sammelt im ersten Teil ausgewählte Beiträge der Tagung aus den Rechtswissenschaften, der Soziologie, der Volkswirtschaft und der Philosophie: Die Juristin Karin Neuwirth diskutiert einleitend die Frage, ob die sogenannten neuen Väter als Repräsentanten des Antifeminismus oder der Gleichberechtigung anzusehen sind. Die Herausgeberin des Bandes, Jasmine Senk, stellt anschließend den Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen als Gestaltungs- und Kontrollinstrument zur Gleichstellung von Frauen und Männern vor. Die Soziologin Barbara Rothmüller setzt sich mit der feministischen und antifeministischen Kritik an Gleichstellungspolitiken auseinander und unternimmt dabei eine Rekonstruktion von Argumenten gegen Herrschaft und Ungerechtigkeit. Die Ökonomin Doris Weichselbaumer befasst sich mit den Ursachen der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sowie den Debatten dazu. Die Philosophin Elisabeth Menschl beschreibt den Weg von der feministischen Philosophie zur Gleichstellungspraxis.

Der zweite Teil widmet sich der verkürzten Wiedergabe der großen Podiumsdiskussion, an der Ilse Lenz, eine Vorreiterin der Antifeminismusforschung, Rolf Pohl aus der Sicht der Männlichkeitsforschung, Karin Neuwirth aus der Perspektive der Legal Gender Forschung, Ina Freudenschuß als Redakteurin beim Onlineportal dieStandard sowie Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek teilnahmen.

*Jasmine Senk (Hg.): Zwischen Gleichstellungserfolgen und Antifeminismus Linzer Schriften zu Gender und Recht, Band 52 Trauner Verlag, Linz 2013 158 Seiten, EUR 18,50*

### Hartz IV wird als Stigma empfunden

Selbstständige arbeiten selbst und ständig, sagt der Volksmund. SoziologInnen der Universität Jena rechnen viele Selbstständige deshalb der Gruppe der Um-Jeden-Preis-Arbeiter zu. „Der Schritt in die Selbstständigkeit ist für viele Menschen die letzte Chance, drohender Erwerbslosigkeit zu entgehen“, sagt Professor Klaus Dörre von der Universität Jena. Als Leiter einer sechsköpfigen Arbeitsgruppe hat der Arbeitssoziologe die sozialen Folgen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik untersucht. Während des über sieben Jahre laufenden Projekts wurden Betroffene der Hartz-Gesetze mehrfach befragt. Die Ergebnisse der Studie sind nun in Buchform erschienen.

Im Zuge der Hartz-Gesetzgebung sei die „aktive“ Arbeitsmarktpolitik durch die sogenannte aktivierende abgelöst worden, konstatiert Dörre. Zu den Hauptmerkmalen dieses Paradigmenwechsels gehört es, dass den Erwerbslosen Bewährungsproben auferlegt

werden, um sie zu aktivieren. Die Jenaer WissenschaftlerInnen haben ein teilweise bizarres Wettbewerbssystem ausgemacht, an dessen vorderster Front sich Fallmanager und „Kunden“ gegenüberstehen.

Parallel zu diesem Paradigmenwechsel habe sich der Arbeitsmarkt verändert, nicht zuletzt im Zuge der Globalisierung. Der Befund der Jenaer Soziologen: Das Beschäftigungssystem hat sich von einer fordistischen Vollbeschäftigungs- zu einer prekären Vollerwerbsgesellschaft gewandelt. Die Um-jeden-Preis-Arbeiter sind dabei nur eine Gruppe unter mehreren. Es gibt noch den Typus der Als-ob-Arbeiter. Im Extremfall handelt es sich um Menschen, die morgens mit den anderen das Haus verlassen, um den Anschein einer geregelten Tätigkeit zu erwecken. „Das können auch Ein-Euro-Jobber sein oder Leute, die ehrenamtlich in einem Verein beschäftigt sind“, sagt Klaus Dörre. Diese Tätigkeiten werden ausgeführt als handle es sich um eine reguläre Beschäftigung.

Einer solchen – scheinbar regulären – Tätigkeit gehen auch die sogenannten Bürgerschaftlich-Engagierten nach. Da sie keine Chance mehr sehen, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, finden sie im ehrenamtlichen Engagement die Möglichkeit eines sinnerfüllten Lebens. „Gradmesser bleibt für die Mehrheitsgesellschaft noch immer die existenzsichernde Erwerbsarbeit“, sagt Dörre. Deshalb empfinden die meisten Hartz-IV-Empfänger ihren Status als Leistungsbezieher auch als Stigma.

Insgesamt fällen die Jenaer SoziologInnen ein klares Urteil über die Hartz-Reformen: „Der entscheidende Punkt ist, dass die aktivierende Arbeitsmarktpolitik nichts aktiviert.“ Die Menschen würden sich im Laufe ihres Lebens ihre Erwerbsorientierung aneignen, diese sei relativ stabil und könne nicht einfach umgeformt werden. Deshalb sei auch der mit den Hartz-Gesetzen einhergehende Kontrollapparat teuer und letztlich sinnlos. Die Jenaer Soziologen schlagen deshalb vor, Sanktion gegen LeistungsbezieherInnen zunächst auszusetzen. Außerdem müsse sinnvolle Beschäftigung geschaffen werden. Es gebe im Dienstleistungssektor großen Nachholbedarf bei pflegenden, erziehenden und bildenden Tätigkeiten. Schließlich halten sie einen gesetzlichen Mindestlohn für unverzichtbar.

*Klaus Dörre, Karin Scherschel, Melanie Booth, Tine Haubner, Kai Marquardsen, Karin Schierhorn: Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik Campus Verlag, Frankfurt/M. 2013 423 Seiten, EUR 30,75*

### Informationen zum Monitoringausschuss

*Für alle Interessierten hat BIZEPS Informationen zum „Unabhängigen Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ gesammelt und in einer Broschüre zugänglich gemacht. Behandelt werden insbesondere die Ausschuss-Stellungnahmen zu Bildung, Gewalt, Persönliche Assistenz, Selbstbestimmte Entscheidungsfindung und zum Persönlichen Budget.*

*Bestellmöglichkeit unter: [www.bizeps.or.at/folder.php](http://www.bizeps.or.at/folder.php)*

### Leben mit Behinderung in der Steiermark

Über 2.000 SteirerInnen wurden während der NS-Zeit belastet, weil sie psychisch krank oder behindert waren, als aufsässig, erblich belastet oder einfach als verrückt galten. Wo liegen die ideologischen Grundlagen für diese Morde? Wie hat sich die Rolle von Menschen mit Behinderungen in der Zweiten Republik entwickelt? In welche Richtung geht es heute? Diesen Fragen widmet sich der von Heimo Halbrainer und Ursula Vennemann herausgegebene Sammelband „Es war nicht immer so“, der bei der Veranstaltung der Lebenshilfe präsentiert wird.

*Termin und Ort:* 3. Dezember 2013, 18.00 Uhr; GrazMuseum, Sackstraße 18, 8010 Graz

### Konstrukt Geschlecht

Das Denken von Geschlecht als Konstruktion unter disziplinärer und/oder transdisziplinärer Perspektive steht im Mittelpunkt der ersten Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Geschlechterforschung (ÖGGF). Themen, Schlüsseltheorien, Denkachsen und Intersektionalitäten zur (Analyse-)Kategorie Geschlecht werden nach ihren Herausforderungen für die jeweiligen Forschungskontexte ebenso wie für gesellschaftliche und gesellschaftliche Veränderungspotenziale befragt.

*Termin:* 5. – 7. Dezember 2013

*Ort:* Akademie der bildenden Künste Wien, Mehrzwecksaal, Atelierhaus 6., Lehangasse 6-8

### Jugendfürsorge und Gewalt

In den Heimen, in die von der Wiener Jugendfürsorge „Zöglinge“ eingewiesen wurden, gab es sowohl Gewaltexzesse als auch andauernde psychische und physische Gewalt. Erst spät ist es zu einer Abgrenzung von jenen Traditionen des Umgangs mit „Asozialen“ gekommen, die sich – über das Jahr 1945 hinaus – jahrzehntelang und bis in die Gegenwart fortsetzen konnten. Bei der Tagung des IWK soll der Frage nachgegangen werden, welche Techniken der Stigmatisierung, Verfolgung, Bestrafung, Absonderung und Internierung angewendet wurden und mit welchen gesellschaftlichen Diskursen diese Praktiken verknüpft sind.

*Termin:* 6. Dezember 2013, 9.45 – 21.00 Uhr

*Ort:* Österreichisches Museum für Volkskunde, Laudongasse 15-19, 1080 Wien

*Anmeldung:* iwk@iwk.ac.at

### Einrichtungen politischer Erwachsenenbildung für Minderheiten

Während politisch interessierte ÖsterreicherInnen meist guten Zugang zu Wissen über Geschichte, aktuelle Lage sowie Anliegen von Minderheiten haben, wird den Mitgliedern der Minderheiten dieses Wissen, z.B. über „Volksgruppenrechte“ und deren Rechtsgrundlagen in internationalen Verträgen, meist nicht vermittelt, da sie kaum über Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung verfügen. Über diese Problematik referiert der Historiker Gerhard Baumgartner im Rahmen der Vortragsreihe „Minderheiten und politische Erwachsenenbildung“.

*Termin:* 9. Dezember 2013, 19.00 Uhr

*Ort:* Depot, Breite Gasse 3, 1070 Wien

### Ökonomisierungsfall(e) Arbeit?

Die gegenwärtigen Prozesse einer weitreichenden Ökonomisierung verändern nicht nur die Berufs- und Lebenswelten vieler Menschen, sie gehen auch mit teils widersprüchlichen Arbeitsanforderungen einher. Das Symposium fragt, wie Beschäftigte diese Anforderungen und daraus folgende Spannungen bearbeiten. Dabei werden auch mit Ökonomisierungsprozessen in Zusammenhang stehende Phänomene der Globalisierung, Migration, Diversität und der sozialen Ungleichheit diskutiert.

*Termin:* 18. Dezember 2013, 15.00 – 20.00 Uhr

*Ort:* Wissensturm, Raum 1504, 4020 Linz

# kontraste

## Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.

Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:  
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und  
Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

### Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:

Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes  
Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

### Erscheinungsweise:

8 Ausgaben pro Jahr

### Redaktionsadresse:

kontraste: JKU Linz, Institut für Gesellschafts- und  
Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz  
Tel. 0732 2468 7168

Mail: [hansjoerg.seckauer@jku.at](mailto:hansjoerg.seckauer@jku.at)

Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste

Aboservice, Sekretariat: Carmen Schacherreiter, Tel. 0732 2468 7161

Fax DW 7172 Mail: [carmen.schacherreiter@jku.at](mailto:carmen.schacherreiter@jku.at)

### Redaktionsteam:

Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine  
Stelzer-Orthofer, Dr. Bettina Leibetseder,  
Dr. Susanna Rothmayer, Dr. Angela  
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,  
die Redaktion behält sich jedoch das Recht auf Kürzung  
und Entscheidung über die Veröffentlichung vor.  
Redaktionsschluss ist jeweils der 20. des Vormonats.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge können,  
müssen aber nicht die Meinung  
der Redaktion wiedergeben.

### Wissenschaftliche Beratung:

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer, MEP  
Em. Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss  
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster  
Dr. Brigitte Kepplinger

### Lektorat; Satz:

Mag. Hansjörg Seckauer

### Grafisches Konzept:

Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und  
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;  
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;  
Einzelheft EUR 6,70; Referierte Ausgabe EUR 18,70  
Alle Preise inklusive Versand.  
Gratis Probeabo für drei Monate  
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

### Bankverbindung:

Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453  
BIC: ASPKAT2LXXX, IBAN: AT972032007500002453

